

**Der**

Ausgabe **5**  
Sommer 2001

# **Störenfried**

- unabhängig & unerbittlich - Spendenpreis: 1,50

**Aus dem Inhalt:**

Bundeswehr in MD

Zwangsarbeit in Magdeburg

Pilotenstreik bei der Lufthansa

Zum Umgang mit dem Holocaust in der DDR

Europäischer Polizeistaat contra Globalsierungsproteste

# Inhalt

**3 Zu diesem Heft**

**4 Durchgestartet.**

*Der Frühling in der Thiemstraße*

**6 Neueingänge**

**7 Der Tag, als Gerhard Schröder kam**

**8 Wie ich die Bundeswehr besiegt habe...**

**10 Vorsicht Terroristen!**

**11 Stellen Sie sich vor...**

*Ein Bericht der Schönebecker Courage*

**12 Klassenkampf in der Ukraine**

*Ein Bericht von einem Besuch bei der RKAS*

**14 Kein sicherer Ort für die Herrscher der Welt!**

*Die sich radikalierenden Kämpfe gegen die Globalisierung*

**16 Für eine sichtbare, autonome und offene Präsenz in Genua!**

*Aufruf zum Protest gegen den G8-Gipfel*

**17 Wir arbeiten am meisten und verdienen am wenigsten**

*Interview zum Pilotenstreik bei der Lufthansa*

**21 Zitate des Quartals**

**22 Information Warfare**

*„Der geplante Säureangriff“ beim Castor-Protest*

**24 Schuft für die Herrenrasse**

*NS-Zwangsarbeit in Magdeburg (Teil 1)*

**26 Schreiben gegen das Vergessen**

*Gudrun Pausewang im Literaturhaus*

**27 Buchkritik: Hauptsache Arbeit?**

**28 Auf der Suche nach Normalität**

*Zum Umgang mit dem Holocaust in der DDR.*

**32 Gedanken aus der Hängematte**

*Kommentare zum Alltagsgeschehen.*

**34 Proklamation des Jahrhunderts der Parasiten**

*Die „Futuristen in der SPD“ zu den Sorgen des Kanzlers*

**36 Termine**

# Zu diesem Heft

Der Urlaub oder die Ferien können beginnen - das Heft zum Sommerloch ist da! Und der Sommer scheint heiss zu werden - prophezeien nicht nur die Meteorologen. Auch die Innenminister der Festung Europa machen gegen ihre aufmüpfigen Untertanen mobil. So wie es derzeit aussieht, werden sie alles versuchen, dass sie ihnen in Genua nicht wieder die DemonstrantInnen vor der Nase herumtanzen - wie in Göteborg geschehen (siehe Titelseite bzw. den Artikel auf S.14)). Langsam scheint sich doch wieder etwas zu bewegen. Immer mehr Menschen wehren sich gegen die Zumutungen der Ökonomie und die Arroganz der Mächtigen. Die Piloten der Lufthansa haben angedeutet, was zu holen ist, wenn man nur zu kämpfen bereit ist.

Aber auch die Bosse schlafen nicht, sondern rufen zum Kampf gegen die (leider nur) halluzinierte Ausbreitung von Faulheit in diesem Lande. Interessanterweise gibt es aber sogar in des Kanzlers eigener Partei noch klar denkende Menschen, ein Statement von ihnen zu den Absonderungen des Genossen der Bosse haben wir abgedruckt (S.34). Eine Broschüre zur Geschichte und Hintergründen der Arbeitsideologie wir in diesem Heft ebenfalls vorgestellt (S.27).

Dass wir aus der Geschichte so manches lernen können, wird leider nur allzu gerne vergessen. Nicht zuletzt deswegen haben wir auch wieder einen Artikel zur Lokalgeschichte - mit einem aktuellen Bezug: Zwangsarbeit in Magdeburg (S.24), der in der nächsten Ausgabe fortgesetzt wird. Ein anderes geschichtlich interessantes Thema wird in dem Artikel „Auf der Suche nach Normalität - Vom Umgang mit dem Holocaust in der DDR“ angeschnitten. Diesen hat uns der Referent einer Veranstaltung zu diesem

Thema im Blaue Welt Archiv freundlicherweise zur Verfügung gestellt. Wir haben auch einen solchen Artikel zur Veranstaltung zu den (politischen und ökonomischen) Hintergründen von BSE erhalten, leider war dieser für unser bescheidenes Heft viel zu lang geraten - bei Interesse bitte an die Redaktion wenden.

Ein wenig schade finden wir, dass die in der letzten Ausgabe begonnene Diskussion zur Magdeburger Szene keine Fortsetzung gefunden hat. Trotzdem wir ein überwiegend positives Echo (selbst von hochamtlicher Stelle - siehe S. 10) auf die bisherigen Ausgaben vom Störenfried erhalten haben, ist die Bereitschaft zur Mitarbeit am Heft - so etwa in Form von Diskussionsbeiträgen oder Berichten von Aktionen - (nicht nur) bei dieser Ausgabe eher mager. Nicht mal der inzwischen schon stillschweigend eingeplante Artikel von den jdjl ist diesmal eingetrudelt, ebensowenig blieben unsere Anfragen zu Terminankündigungen *alle* unbeantwortet. Stattdessen mussten wir uns diese mühselig von Euren Internet-Seiten zusammensuchen. Was ist nur los, GenossInnen? Frühjahrsmüdigkeit & Sommerloch sind sicher eine hübsche Ausrede, aber keine Erklärung. Der Störenfried findet so langsam den Weg über die Szenegrenzen hinaus - allein die Szene hat nix zu sagen? Über die manipulierten Medien schimpfen ist das eine, eigene Informationen und Argumente verbreiten sich aber auch nicht von allein. Also kommt in die Pötte, sonst verschläft Magdeburg wieder mal die nahende Weltrevolution...

In diesem Sinne - viel Spass beim Lesen!

Eure Störenfriede

# Durchgestartet.

## Der Frühling in der Thiemstraße

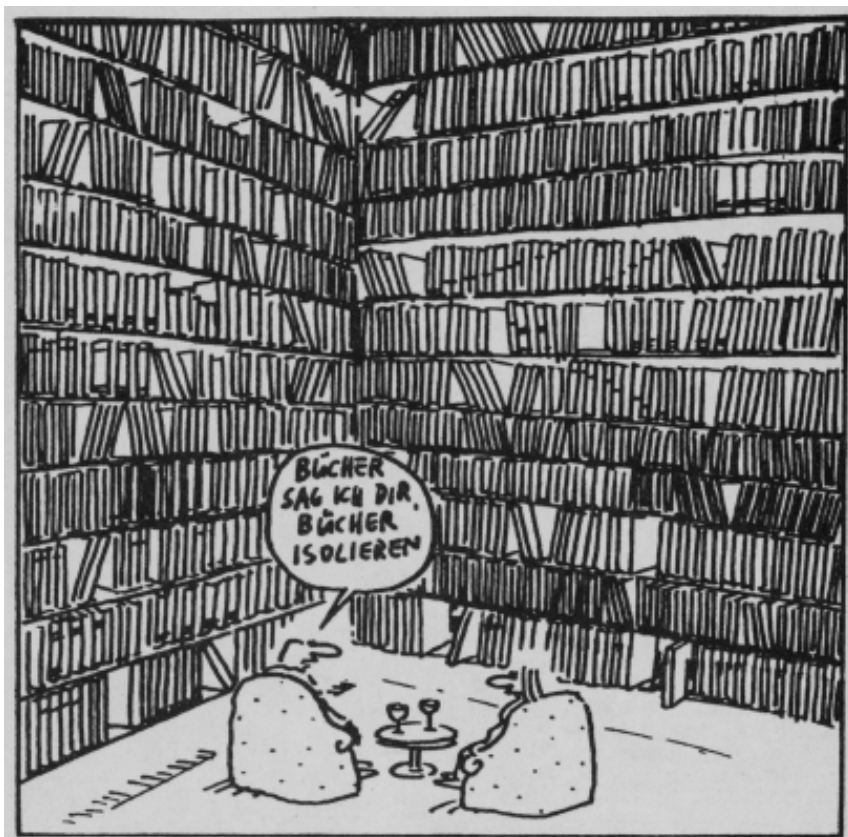
So langsam aber sicher sind wir raus aus den Startlöchern. Seit gut drei Monaten ist das Archiv regelmäßig (vorerst) einmal in der Woche geöffnet. Die Resonanz läßt zwar noch etwas zu wünschen übrig, aber das wird sich hoffentlich noch ändern. Wir haben inzwischen auch einiges zu bieten - so haben wir inzwischen rund 25 Zeitungen und Zeitschriften abonniert. Außerdem konnten wir unsere Bestände durch einige Spenden von älteren Ausgaben diverser Zeitschriften aufstocken - an dieser Stelle nochmal vielen Dank an die SpenderInnen. Auch haben wir die gesamten Bestände durchgesehen, sortiert und alle Hefte in eine Datenbank aufgenommen, so daß Interessierte sich auch am Computer recht bequem einen Überblick verschaffen können. Seit einigen Wochen haben wir nun auch einen Kopierer, so daß

Artikel oder Hefte kopiert und mit nach Hause genommen werden können.

Unser zweites „Standbein“, Veranstaltungen zu verschiedensten Themen, läuft inzwischen auch recht gut - zu gut, möchte man manchmal meinen. Im letzten Quartal hatten wir fast jede Woche mindestens eine Film- oder Vortragsveranstaltung, die zum Großteil recht gut besucht waren. Besonders toll fanden wir, wenn sich nach den eigentlichen Veranstaltungen sich desöfteren noch spannende Diskussionen entwickelten. Wir hoffen, daß sich das noch mehr durchsetzt. Im Moment werden die verschiedenen Veranstaltungen noch eher wahllos angeboten und konsumiert, wir hoffen, daß sich in Zukunft auch etwas zielgerichteter mit verschiedenen Themen beschäftigt wird und zu der einen oder anderen Thematik noch Nachbereitungstreffen stattfinden können.

### *Das politische Kolloquium*

Ein Ansatz zu kontinuierlicher Diskussion zu aktuellen Thematiken ist auf jeden Fall das politische Kolloquium eine Diskussionsreihe zu verschiedenen Thematiken. Dieses war ursprünglich ein Seminarangebot von Prof. Dr. Roland Roth (Politikwissenschaftler) an der Hochschule Magdeburg – Stendal. Die daraufhin, Anfang des Sommersemesters (2001) entstandene Seminargruppe beschloß jedoch, den Diskussionskreis



*Na hoffentlich nicht!*

über die Grenzen der Hochschule hinaus zu erweitern. In Zusammenarbeit mit dem Blaue - Welt - Archiv wurde eine 14-tägige Veranstaltungsreihe (dienstags 20.00 Uhr) mit insgesamt 5 Terminen, zu denen die Seminargruppe jeweils eine kurze inhaltliche Einführung leistet, ins Leben gerufen. Das politische Kolloquium fand bzw. findet auch in den Räumlichkeiten des Archivs statt.

Den Start dieser Reihe machte das Thema, "Überwachungsstaat - 17 Jahre nach 1984" (08.05.01). Hier trat uns eine fast ohnmächtige Haltung der Diskussionsteilnehmerinnen gegenüber der technischen Möglichkeiten der Überwachung entgegen, die hoffentlich von dem Vorschlag, mit dieser offen umzugehen und sich trotz alledem politisch zu agieren, übertrumpft wurde.

Besonders konträr und mit erhitzten Gemütern, wurde 2 Wochen später zum Thema "Israel in Palästina", unter anderen mit Beteiligung eines Palästinensers, diskutiert.

Ein eher kleinerer Kreis konnte sich hingegen am 05.06.01 begeistern, über "Bundeswehr und NATO - Jetzt weltweit?" zu debattieren, trotzdem diese Thematik zahlreiche Diskussionsinhalte bietet.

Die vorerst letzte Veranstaltung, die wir hier kurz reflektieren können, bezog sich auf das Thema "Gegen die neue Weltordnung - Antiglobalisierungsinitiativen" (19.06.01). Dazu wurde ein sehr eindrucksvoller und motivierender Film über die "Seattle-Proteste" gezeigt und im Anschluß eine Diskussion über utopische und realistische Ansätze zu einer alternativen Wirtschaftsordnung geführt.

Der 5. Termin liegt noch vor uns, der 03.07.01, an welchem wir die Entwicklung vom Welfare- zum Workfare-Staat (Titel: "Vorsicht Faulenzer! Sozialstaat am Ende?") thematisieren wollen.

Da wir die Diskussion sehr spannend und fruchtbar empfanden und auch von DiskussionsteilnehmerInnen positive Rückmeldungen entgegennehmen konnten, planen wir, diese Reihe im nächsten Semester fortzusetzen. Angedacht ist in diesem Rahmen die einzelnen Aspekte der Antiglobalisierungsbewegung zu vertiefen. Wir hoffen im Zuge dessen auf zahlreiche Teilnahme und viele konstruktive Auseinandersetzungen mit Euch.

Ansonsten bleibt uns nur noch mal darauf hinzuweisen, daß wir immer an neuen MitstreiterInnen interessiert sind - auch wenn das mitunter manchmal nicht so den Anschein hat ;-) Auch könnt ihr jederzeit Vorschläge bezüglich gewünschter Veranstaltungen an uns herantragen. Auch sind die Magdeburger Gruppen eingeladen, ihre Veranstaltungen in unseren Räumlichkeiten durchzuführen, schließlich war und ist das eine Intension unserer Archivarbeit.

Ich möchte das Blaue Welt Archiv mit einer (einmaligen/monatlichen) Spende in Höhe von:

DM unterstützen.

Unsere Bankverbindung:

Empfänger: Wabe e.V.

Konto-Nr.: 382 531 46

BLZ: 810 532 72

(Stadtsparkasse Magdeburg)

Kennwort: Blaue Welt Archiv

Falls eine - steuerlich absetzbare - Spendenquittung gewünscht wird, bitte Adresse auf der Überweisung vermerken!

# Neueingänge

## Neue Zeitschriften im Archiv

An dieser Stelle wollen wir wieder einen (unvollständigen) Überblick über die aktuelle Ausgaben der bei uns eingegangenen Zeitschriften geben. Wie immer seid ihr herzlich dazu eingeladen, Euch über aktuelle Diskussionen in der bundesweiten Linken im Archiv auf dem Laufenden zu halten.

**analyse+kritik 451:** Pilotenstreik, Mazedonien-Konflikt, International gegen die Festung Europa, Nietzsche-Debatte, Telefonüberwachung total. **Angehörigen Info 246/01.** **Antifaschistische Nachrichten 13/01.** **Ariadne 39/01.** **Arranca 21/01:** Schöne neue Linke?

Vergewaltigungsdebatte in der Linken.

**Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2/01.** **bundesweiter Aktionsbrief 19/01.** **Clio 52/01:** Psychotherapie.

**Der Funke 33/01:** Für ein Recht auf Faulheit - Arbeiten, um zu leben. **Die**

**Aktion 201/01.** **direkte aktion 145:** Attacs offene Flanke, Moderne Sklaverei - Zeitarbeit in Deutschland, Interview mit EZLN-Comandantes. Das Castor-Fiasko - Nachbetrachtungen. Joseph Beuys - Wie man dem Künstler 'Die Grünen' erklärt.

**direkte demokratie 51/01.** **Einblick 12/01.** **epd 10/01:** Internationales Jahr der Freiwilligen, Debatte um die deutsche Afrikapolitik, Afrikas „Short Century“.

**Forum Recht 2/01:** Quotierte Parlamente, Recht macht Geschlecht - Notwendigkeit und Perspektiven feministischer Rechtspolitik, Feministische Dilemata, Frauenhandel, Rentenreform, CEDAW, Private Law School, Feministische Menschenrechtspolitik. **Gegenstandspunkt 2/01.** **Gewerkschaftliche Monatshefte 3/01:** Zum

ver.di-Kongress: Gewerkschaften im Aufbruch? **GiD 145/01:** Pharma-Wirtschaft: VENI; DOPI; VICI.

**graswurzelrevolution 260:** Feindbild „Anarchist“, Mexiko: Affront statt Autonomie, Libertärer Sozialismus in der PDS? Rassismus als staatliche Gewalt, Kritik des Befreiungsnationalismus, Der libertäre Antimilitarismus ist antiimperialistisch. **grünes blatt 1/01.** **express 5/01:** Die Angst vorm Pilotenabschluss als Pilotabschluss, Zum Verständnis nachhaltiger Entwicklung in der Gewerkschaftsforschung, Kampf der Beschäftigten bei Pouyet-Rungis, Perspektiven gewerkschaftlicher Erwerbslosenarbeit. **Interim 528/01:** Verdatet, verkabelt, verkauft - sie wollen nur unser Bestes, aber sie kriegen es nicht. **iz3w, 253/01:** Die Integrationsfalle - ein Einwanderungsland wählt aus, Streit um Irak-Sanktionen, Querelen über Quoten, Strategien für Südosteuropa, Amtliches zu Afrika, Revival für Rosa.

**konkret 3/01:** 68 und die Folgen.

**Marxistische Blätter 3/01:** Arbeiten im globalen Kapitalismus. **medico**

**rundschreiben 2/01.** **ö-punkte 2/01:** Klimakonferenz: Profit statt Klimaschutz? Kastorazswertung: Was war gut? Was war schlecht? **offensiv 6/01.** **quer 3/01.**

**Rabenschwarz 28/01.** **Revolution Times 12/01.** **Sozialismus 6/01:** Texanische Außenpolitik, SPD: neuer Klassen-

kompromiss, PDS: Programmchaos, Die Riesterreute, Zeitzeuge Georg Lukács, Rechtsschutz ohne Zukunft? **Streifzüge 1/01.** **Südwind 6/01:** Neue Sklaven -

verkauft für einen Traum, „Kleinwaffen“: Gefährlich unterschätzt.

# Der Tag, als Gerhard Schröder kam

Es gab mal ein bekanntes Lied, da sang eine Frau mit weinerlicher Stimme: "Am Tag, als Conny Kramer starb und alle Menschen weinten". Nun ja, als unser Bundeskanzler nach Magdeburg kam, war das Interesse doch eher verhalten. An so einem schönen Tag wäre das Alex auch ohne den ehemaligen Linksaußen der Jusos (Schröder war in seiner Jugend, die schon sehr lange her sein muss, ein entschiedener Gegner der NATO) rappelvoll gewesen. Rechnet man noch die engagierten Gehirnakrobaten der Jungen Union und den "Schmutz" weg, dann sind eigentlich nur sehr wenig Menschen *wegen* Schröder gekommen. Die meisten kamen entweder trotz oder gegen Gerhard.

Zahlreich vertreten waren auch wieder einmal die jungen, mit Grünzeug und Baretts ausgestaffierten Halbstarke. Ihr Interesse war so groß, dass sie es nicht lassen konnten, allein während des Kanzlers Vortrags mit fünf Kameras aus ebenso vielen Perspektiven Erinnerungsvideos für die Enkel zu drehen. "Ich war dabei", werden sie einmal stolz verkünden und vielleicht auch ein Buch darüber schreiben.

Was unser Kabinettschef erzählt hat, ist mir leider nicht mehr präsent; ich bin einfach zu intellektuell, um mir meinen Kopf mit Worthülsen zuzukleistern. Was ich mir allerdings sehr gut gemerkt habe, war sein Bekenntnis zur Sauberkeit. Nur ein sauberer und ordentlicher Mensch bemerkt es, wenn irgendwo Schmutz liegt. Wer aber Menschen als Schmutz bezeichnet, drückt dadurch eine Geisteshaltung aus, die nicht

mehr mit Art. 1 GG vereinbar ist. Entweder Gerhard Schröder kennt die Verfassung nicht, auf die er einen Amtseid geleistet hat, dann wäre er ein lausiger Jurist, ein ungebildeter Mensch und überhaupt kein Staatsmann oder ihm ist die Würde des Menschen nichts wert.

Wer sich als besonders gesetzestreu geriert, aber dann Sprache so gebraucht, wie sie jeder gute Rassist, Diktator oder Fanatiker auch verwendet, ist nicht nur unehrlich, sondern ein gemeingefährlicher geistiger Brandstifter. Das war nicht einfach nur eine Entgleisung, er hat es so gemeint, wie er es gesagt hat.

Trotzdem hat aber auch dieses Ereignis eine gute Seite. Dem Schmutz sei gesagt: Ihr habt mit einfachen Mitteln eine ziemliche Wirkung erreicht. Einen erfahrenen, smarten Politiker, der überaus eitel und arrogant ist, so aus der Fassung zu bringen, ist schon eine reife Leistung. Der Mann wird sich sehr geärgert haben, sonst reagiert man nicht so unbeherrscht. Es zeigt, dass selbst ein scheinbar unangreifbarer Repräsentant der BRD menschliche Schwächen hat und sich durch seine eigene Dummheit entlarvt. Anscheinend war die gesamte Sache so peinlich, dass nicht einmal die Volkstimme, die dem CDU-nahen Verleger Bauer gehört, über Schröders Besuch berichtete. Volltreffer!!! Es bleibt zu hoffen, daß Magdeburg in Zukunft von ähnlichen Besuchen verschont bleibt, denn diese Stadt hat schon genug Ärger mit ihrem eigenen politischen Kasperletheater.



# Wie ich die Bundeswehr besiegt habe...

Magdeburg und das Militär haben eine lange gemeinsame Geschichte. Als die Stadt gegründet wurde, das sagt allein schon der Name, war sie als Wehranlage gedacht, eine Burg zur Sicherung der deutschen (langsam entwickelte sich damals dieser Begriff) Besitzungen gegen die bösen Slawen. Ist ja auch unerhört, wie heftig die sich gegen Christianisierung und postgermanische Oberhoheit einstmals zur Wehr setzten. Magdeburg jedenfalls wuchs und wurde immer wichtiger und seine enge Verbundenheit zur protestantischen Kriegspartei bescherte ihr im dreißigjährigen Krieg die besondere Beachtung von Pappenheimern und Consorten. So, nun wisst ihr endlich wo das "& Co." herkommt.

Wir springen in der Geschichte und Magdeburg wird preußische Festungsstadt und es ist wahrscheinlich seit dieser Zeit, daß sich die Magdeburger eines besonders rauen, prolligen und aggressiven Umgangstons bedienen. Ganz nach Kasernenhofmanier eben. So ging es dann weiter, auf das Königreich Preußen folgte das deutsche Kaiserreich, die Weimarer Republik und dann wieder das deutsche Reich. Magdeburg war ganz gewaltig stolz auf seine Soldaten, Rüstungsindustrie und erfolgreiche Im- und Exporte auf diesem Gebiet. Noch heute rühmt man sich damit, dass der im Amiland so bewunderte General Steuben "einer von uns" ist. Na, und wie stolz kann man erst darauf sein, als wichtiges Rüstungszentrum und Garnisons-

stadt deutsche Markenware in feldgrau nach Europa und Afrika exportiert zu haben.

Und wie groß war die Freude, als sich Alliierte Handelsvertreter dazu entschlossen, sich für die großzügigen deutschen Gastgeschenke mit einer Unzahl von Warenproben angloamerikanischer Kriegstechnik zu bedanken. Wie lernfähig zivilisierte Menschen sind, zeigte sich, als dann im Namen von Frieden und Völkerfreundschaft die alten Magdeburger Traditionen fortgesetzt wurden. Sowjets und NVA, letztere in bester deutscher Wehrmachtstradition, pflegten Magdeburgs Verbundenheit mit Tschingderassabum, rechts um.

Dann kam die Wende. Alle waren glücklich, es gab keine Geheimdienste mehr, die das eigene Volk bespitzelten, kein Telefonat wurde mehr abgehört, und allen ging es besser als vorher. Nur die Soldaten nahmen die gemeinen Wessis den armen Magdeburgern weg. Aber egal, sie ließen sich nicht unterkriegen. Den Kasernenhofton haben sie immer noch drauf, Pöbeln und prollig sein gehört in Magdeburg immer noch zum guten Ton. Und das Militärische, dass haben jetzt aufrechte deutsche Jungs übernommen, die es ganz cool finden, sich bei jeder Gelegenheit aufs Maul zu hauen und gerne den Auftrag der Stammtische der neuen Mitte

ausführen, auch mal das eine oder andere bunthaarige oder schwarzhäutige Weichziel zu bekämpfen.

UNO-Truppen sind leider noch nicht nach Magdeburg gekommen, um hier für Frieden





**Es lohnt sich,  
beim Bund zu arbeiten**

  
Bundeswehr



**Grundgehalt**  
 + 13. Monatsgehalt  
 + Zulagen  
 + Urlaubsgeld  
 + unentgeltliche truppenärztliche Versorgung  
 + fachliche Aus-/Fortbildung/Studium  
 + Berufsförderung  
 + Übergangsgebühren  
 + Übergangsbeihilfe

Der Wehrdienstberater weiß Bescheid.  
Fragen Sie ihn – auch nach den aktuellen Gehaltstabellen.

**Überzeugende Argumente!**

zu sorgen, aber KFOR und SFOR erprobte junge Erwachsene weilten kürzlich hier. Während ihre Kameraden ihre Fahrschulfahrzeuge durch Magdeburgs Straßen lenken, haben sie an der Ausstellung "Unser Heer" teilgenommen. Sie vermitteln Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, wie leistungsfähig unsere Waffensysteme doch sind, wie professionell unsere Jungs arbeiten und wie super es ist, in der Bundeswehr zu sein.

Da wollte ich natürlich auch hin. Ich hatte mir das so schön vorgestellt. Da wollte ich den Einstellungs-offizier mal ganz blöd fragen, ob es Probleme mit Rechtsextremismus in der Bundeswehr gäbe. Dann hätte ich ihn mit meinen persönlichen Erfahrungen konfrontiert, die ich machte, als ich selbst noch Staatsbürger in Uniform war. Ich wollte berichten von Skinheads, die sich

auf dem Index stehende Musik anhörten. Und von den Typen, die zu Nazibandkonzerten gingen, mit ihren auf Hochglanz polierten Bundeswehrstiefeln; von dem Stabsunteroffizier, der sagte, dass wir bald an die polnische Grenze versetzt würden, diesmal aber endlich mit richtiger Munition. Dann war da noch der Offizieranwärter, dem beim Anblick von Fähnrich Kim "das Messer in der Hose aufgeht, wenn er diesen Fidschi sieht, wir sind schließlich eine deutsche Armee", ja und natürlich der bekennende Skin, Nationalist und Kämpfer für ein ausländerfreies Deutschland, der berichtete, wie er auf der Straße gegen Linke und Kanaken kämpfte. Okay, das öfter mal "Sieg Heil" gerufen wurde, macht ja nix, und beim öffentlichen Gelöbnis hatten die Feldjäger auch nichts dagegen, dass ca. zwanzig Salzwedeler Neonazis, nicht Baumkuchen, z.T. mit verfassungsfeindlichen Symbolen bestückt, der ganzen Zeremonie beiwohnen durften. Wollte ich alles erzählen.

Aber ich durfte nicht, ich wollte mich nicht als einziger Gast gründlich durchsuchen lassen, also haben die Feldjäger mich nicht eingelassen. Na ja, wahrscheinlich sah ich etwas zu verdächtig aus und eigentlich geschieht es mir ganz recht. Schließlich bin ich nur zum stänkern hingegangen.



Oder wollte ich eigentlich nur was über Magdeburg lernen?

*Tolles Spielzeug!*

# Vorsicht Terroristen!

Wieder einmal ist der Chef von Horch und Guck Sachsen-Anhalt von seinen übereifrigen Mitarbeitern blamiert worden. Er stellte kürzlich vor Pressevertretern aus aller Welt den Bericht des Landesamtes für Verfassungsschutz für das Jahr 2000 vor. Die Behörden anderer Bundesländer haben diese Aufgabe natürlich traditionell

schneller erledigt und ihre betreffenden Internetseiten enthielten weniger Fehler. Aber was soll's.

Erst kürzlich fand im „Blaue Welt Archiv“ ein Seminar zu der Thematik von Sicherheit und staatlicher Überwachung statt. Ein Redner trat den Befürchtungen einer Totalüberwachung mit dem Argument entgegen, dass gerade Behörden wie die Landesämter für Verfassungsschutz „strukturell dumm sind“. Seine Einschätzung war wohl nicht verkehrt, wenn man die sachlichen Fehler des neuen Püchel-Papiers analysiert. Der brave Katholik sollte sich ernsthaft mit der Qualifikation seiner Mitarbeiter

befassen. Wie sonst ist es zu erklären, dass bereits so harmlose Blättchen wie der „Störenfried“ die Aufmerksamkeit der Lauscher an der Wand erregen. Auch die Sache mit dem „Umzug des Blauen Welt Archiv“ ist so nicht ganz richtig. Zwar fühlen wir uns gehört, dass wir uns jetzt mit staatlicher Anerkennung als verfassungsgefährdende Linksextremisten bezeichnen dürfen, nur dachten wir, dass, wenn wir schon so wichtig für die

Schlapphüte sind, auch gründlicher recherchiert wird.

Dabei hätten die Netten Onkels vom Verfassungsschutz nur mal den Störenfried, die Homepage des Archivs oder die Pressemappe des DGB zum Jugendwohn- und Stadtteilprojekt Thiemstr. 13 gründlich anschauen müssen. Schlechte Arbeit!

*„Die in Sachsen-Anhalt erscheinenden Szenepublikationen - so zum Beispiel „fuego“ aus Halle, „Rabenschwarz“ aus Merseburg oder „Der Störenfried“ aus Magdeburg - stellen sich demgegenüber vorwiegend als alternative Mitteilungsblätter von regionaler Bedeutung dar. Bislang wurden nur in Einzelfällen verfassungsschutzrelevante Bezüge festgestellt.“*

**Wir sind für jede Kritik dankbar...**

Wenn also Bedarf besteht, organisieren wir gerne eine Infoveranstaltung, in der wir sie in der Methodik der Informationsbeschaffung, der Systematisierung, Analyse und Aufbereitung fortbilden.

Auch eine Behörde muss von Zeit zu Zeit belegen, dass sie und ihre Mitarbeiter alle gebraucht werden. Was liegt da näher, als alles und jeden, der Dinge denkt und ausspricht,

die in zivilisierten europäischen Staaten unter „Meinungsfreiheit“ zumindest geduldet werden, als kriminelle Bedrohung für Otto Normalverbraucher darzustellen? Es funktioniert wie eh und je in der Geschichte der Geheimdienste. Mache öffentlich be-

kannt, dass du Person oder Organisation XYZ beobachtest und sie für gefährlich hältst. Den Rest erledigt die Phantasie der Bürger und die Dynamik der Gerüchte. Respekt, das haben sie erkannt und gut umgesetzt.

Trotzdem lässt der Kenntnisstand der Behörden über Archiv und Zeitung noch sehr zu wünschen übrig. Solch schlampige Arbeit würde bei uns gleich zum Ausschluss aus der Archivgruppe führen. Mensch Jungs, das könnt ihr doch wirklich besser!

*„Von besonderer Bedeutung waren nach dem Auszug aus dem Szeneobjekt in der Umlandstraße der Aufbau eines „Alternativen Jugendzentrums“ in der Großen Diesdorfer Straße und der Umzug des „Blaue-Welt-Archivs“.“*

**...und Lob spornt uns an!**

# Stellen Sie sich vor...

*...Sie müssen Ihre Heimat aufgrund von Krieg, Hunger oder politischer Verfolgung verlassen.*

Sie sind dem Krieg entflohen, dem Hunger, der Folter, der politischen Verfolgung. In Deutschland angekommen, in Schönebeck, haben Sie ein Dach über dem Kopf, endlich sind Sie sicher! Sie verlangen nicht viel. Sie hoffen, dass Sie genug zu essen und zu trinken, einen Platz zum Schlafen und einen Waschplatz haben und ihre Kinder eine gesicherte Zukunft. Ihre religiösen und kulturellen Gepflogenheiten, ihre politischen Ansichten sollen nicht länger Grund sein, Sie zu verfolgen, Sie zu vertreiben. Kurzum, Sie erhoffen sich all das, was Ihnen in Ihrem Heimatland verwehrt wurde. Sie sind vor Menschenrechtsverletzungen und Intoleranz aus Ihrer geliebten Heimat geflohen und erleben nun im Schönebecker Asylbewerberheim, was es heisst, ein Minimum von Menschsein, gerade eben noch im gesetzlichen Rahmen, zugestanden zu bekommen. Die Rede ist von defekten Heizungsanlagen im Winter, unzureichenden Sanitäreinrichtungen, eingeschränkt funktionstüchtigen Kochmöglichkeiten sowie einer willkürlichen Beschneidung der Bewegungsfreiheit im Schönebecker Landkreis, was schon im Januar dieses Jahres die Asylbewerberinnen und Asylbewerber von Schönebeck und Calbe zu einer Demonstration auf die Straße trieb.

Bei einem persönlichen Besuch im Asylbewerberheim Schönebeck haben wir kürzlich allerdings nicht den Eindruck gewonnen, dass sich die Situation der Schönebecker AsylbewerberInnen wesentlich geändert hat. Deshalb sind nach unserem Dafürhalten folgende Dinge zwingend notwendig:

1. eine Beratungsstelle für AsylbewerberInnen in Schönebeck

2. eine unbürokratische Vermittlung von Arztbesuchen

3. eine schnelle und unbürokratische Bereitstellung sozialer Leistungen

4. eine Verbesserung der Wohnsituation und des Wohnumfeldes

5. ein Spielplatz für die Kinder,

um so schnellstmöglich zu einer umfassenden Integration von AsylbewerberInnen zu kommen.

Möglich wird das aber nur sein, wenn noch mehr Schönebecker BürgerInnen wie Frau Sareyka (ihr Artikel wurde am 09.05.01 in der Volksstimme veröffentlicht), allen hier lebenden Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft und Nationalität, mit mehr Respekt, mehr Mitmenschlichkeit und Achtung begegnen würden, Fremde nicht in erster Linie als Bedrohung, vielmehr als Bereicherung für unser Leben, unsere Kultur gesehen würden.

Dazu müssen aber, vor allem und als erste, die KommunalpolitikerInnen Schönebecks und des Landkreises als VorreiterInnen Verantwortung übernehmen und sich für die hier lebenden AsylbewerberInnen engagieren! Hier wäre ein weites Feld, um die allerorten verkündeten Losungen von "Gesicht zeigen!" und "Zivilcourage üben" mit Leben zu erfüllen!

Wir Mitglieder der Schönebecker Courage werden deshalb unseren Teil dazu tun, die Situation in den Heimen zu verbessern und die Aktivitäten seitens der Verantwortlichen kritisch begleiten.

Schönebecker Courage  
Gemeinsam gegen Rechts  
Postfach 1223  
39202 Schönebeck  
e-Mail: sbkcourage@gmx.de

# Klassenkampf in der Ukraine

## Ein Bericht von einem Besuch bei der RKAS

Während eines Ukraine-Besuches, den ich zusammen mit zwei Arbeitskollegen durchführte, besuchte ich die RKAS - die Revolutionäre Konföderation der Anarcho-Syndikalisten. Es war ein Erlebnis welches ich bis jetzt in seiner Intensität noch nicht verarbeiten konnte.

Nach dem faktischen Zerfall der KAS (einer ziemlich großen anarcho-syndikalistischen Organisation der Wende-Zeit in der UdSSR), wurde 1994 in der Ukraine die RKAS gegründet. Gerade während meines Besuches feierten die Genossen der RKAS mit einem Rockkonzert ihren 6. Geburtstag. Mittlerweile hat die RKAS nur wenige hundert Mitglieder, jedoch einen wesentlich bedeutenderen Einfluß auf die Gesellschaft als vergleichbare Organisationen hierzulande.

Die meiste Zeit meines Besuches verbrachte ich bei Genossen in Donezk, einer Großstadt im Donbass (dem Kohlebecken der Ukraine). Ihr lokaler

Z u s a m m e n -  
s c h l u ß - d i e F ö -  
d e r a t i o n d e r A n -  
a r c h i s t e n d e s  
D o n b a s s ( F A D )  
h a t m e h r e r e D u -  
z e n d M i t g l i e d e r , z u -  
m e i s t a u s d e n  
R e i h e n d e r r a d i -  
k a l i s i e r t e n  
A r b e i t e r -  
j u g e n d u n d  
a n a r c h i s t i -  
s c h e n A r -  
b e i t e r n .

D i e  
F A D



Nestor Machno

besitzt außerdem eine Schutzorganisation - die Schwarze Garde - deren Mitglieder eine Kampfsportausbildung (WT) durchführen und sozusagen den militanten Arm der Organisation repräsentieren. Die Schwarze Garde befaßt sich vor allem mit dem Schutz der Veranstaltungen der RKAS, sowie mit aktivem Antifaschismus.

Die Präsenz der RKAS in Donezk fiel mir bereits am Tag meiner Ankunft auf, denn die ganze Stadt ist mit ihren Propagandaplakaten förmlich zugeklebt. Ganz anders als ich es mir vorgestellt habe, besitzt die RKAS eine ungeheure Popularität bei den Arbeitern. Kurz vor meiner Abreise begann ein Streik in einem Bergwerk, welches ich daraufhin auch aufsuchte. Victor, ein Arbeiter aus dem Bergwerk „Oktjabrskaja“ und seit 1992 in der anarchistischen Bewegung aktiv, und Sascha, Geschichtslehrer und mein Gastgeber, zeigten mir das Werk, die Räume der unabhängigen Gewerkschaft der Bergarbeiter NPG (die dereinst von Anarcho-Syndikalisten mitgegründet wurde) und machten mich mit den Problemen der Bergarbeiter bekannt. Die von uns mitgebrachte Zeitung der RKAS „Anarchija“ wurde uns förmlich aus den Händen gerissen. Von den Bergleuten kamen dazu Kommentare wie „Warum kommt ihr nicht häufiger vorbei?“ - „Bringt uns beim nächsten Mal Maschinengewehre mit!“ (um Mißverständnisse zu vermeiden - die RKAS propagiert *nicht* den bewaffneten Kampf - d.S.) und „Anarchie ist die Mutter aller Ordnung!“

Die Streiks der Bergarbeiter, die, wie in diesem Fall meist spontan wegen nicht ausgezahlter Löhne ausbrechen, enden allzu häufig negativ, was bei den Bergleuten eine ungeheure Wut anstaut. Viele leben heute

hart an der Hungergrenze oder sogar darunter, perspektivlos und durch den Kohleabbau völlig ausgezehrt (Dieser wird aufgrund der verrottenden Technik zunehmend wieder in Handarbeit ausgeführt).

Bislang sind es nur wenige, die sich in der RKAS organisiert haben, aber das Erlebte macht Hoffnungen für die Zukunft. Denn, so Victor, die Sympathien für den Anarcho-Syndikalismus sind auch in den anderen Bergwerken stark ausgeprägt - es dauert allerdings seine Zeit, ehe ein Arbeiter organisatorische Konsequenzen daraus zieht.

Neben dem Bergwerk nahmen mich die Genossen auch zu einem Abstecher nach Guljaj-Polje mit, der einstigen Hochburg Nestor Machnos (legendäre Gestalt der anarchistischen Bauernrevolution von 1918-21 in der Ukraine, die später von der Bolschewiki niedergeschlagen wurde - d. S.). Dort wurde von uns ein Kranz an der Gedenktafel für Nestor Machno niedergelegt, die Stadt bekam eine Verzierung mit FAD-Plakaten und die „Anarchija“ wurde uns wiederum - nun von den Einheimischen - aus den Händen gerissen. Und dann das offensichtlich Übliche - Arbeiter beschwerten sich bei uns, warum wir denn keine Waffen mitgebracht hätten - sie bekämen monatelang ihren Lohn in Farbe ausgezahlt, die ihre Frauen dann auf dem Markt verkaufen dürften - und wer braucht schon Farbe? Mit einem leichten Wink in Richtung einer Nobelkarosse, die irgendein Neureicher in der Nähe geparkt hatte und deftigen Flüchen auf die Regierung, bekamen wir mitgeteilt, gegen wen sie die Waffen gern einsetzen würden. „Kommt wieder und wir kämpfen zusammen!“

Wieder in unserer Absteige, dem kleinen Hotel von Guljaj Polje angelangt, kam zu uns prompt der Bürgermeister gelaufen. Sichtlich beunruhigt fragte er, was wir denn so im Schilde führten und wie lange wir noch bleiben wollten. Dann äußerte er Verständ-



*Zeitschrift der KAS aus dem Jahre 1992*

nis für unsere Ansichten und sicherte uns bei etwaigen Problemen mit den Ordnungshütern seinen Beistand zu. Außerdem teilte er uns freundlicherweise mit, daß der SBU (Nachfolger des KGB) ihn unseretwegen bereits angerufen hätte. Als wir uns danach wieder auf den Weg nach Donezk machten, boten uns die Straßen Guljaj Poljes ein interessantes Bild - wir hatten nur 100 Exemplare der „Anarchija“ mitgebracht - und nun saßen überall auf den Bänken Gruppen von Arbeitern, die die Zeitung kollektiv lasen und die Inhalte lebhaft diskutierten.

Obwohl ich nur wenig mehr als eine Woche bei den ukrainischen Genossen verbracht habe, hat mir diese Woche Mut gemacht. In so mancher Hinsicht scheinen die Uhren in der Ukraine schneller zu laufen als bei uns. Und ich bin voller Zuversicht, daß dem Anarcho-Syndikalismus in der Ukraine eine große Zukunft bevorsteht.

Am 10.8. sind zwei VertreterInnen der RKAS im Blaue Welt Archiv zu Gast.

# Kein sicherer Ort für die Herrscher der Welt!

## *Die sich radikalisierenden Kämpfe gegen die Globalisierung*

Seattle - Nizza - Prag - Davos - Göteborg. Die Kette der internationalen Proteste gegen die Gipfeltreffen der Mächtigen die-



*Weder Hunde...*

ser Welt der Konzerne und Banken reißt nicht ab. Nirgendwo - nicht mal in der beschaulichen Schweiz oder im bislang ruhigen Schweden - gelingt es den Bossen aus Politik und Wirtschaft, sich unbehelligt von Protesten zu treffen. Und die Auseinandersetzungen werden immer härter. Nachdem es den GlobalisierungsgegnerInnen in Seattle noch gelungen ist, die „Ordnungskräfte“ förmlich zu überrumpeln, sind diese jetzt immer besser vorbereitet. Politiker und Medien fordern im Chor nach einer härteren Bestrafung der „Chaoten“ - die wildgewordenen Polizisten und deren Provokateure dürften damit kaum gemeint sein. Im Fernsehen werden meist nur die Bilder der steinewerfenden „Anarchisten“ gezeigt.

Bestenfalls wird wieder versucht, die Protestierenden mit der Einteilung „friedliche Demonstranten“ - „gewalttätige Autonome“ zu spalten.

Natürlich stellt sich auch mir manchmal die Frage, was manche verummte Randalierende mit ihren Aktionen bezwecken wollen. Sicher ist es auch nicht sonderlich schade, wenn bei McDoof die Scheiben eingeschmissen werden - der Nutzen ist allerdings auch fraglich. Jedoch muss dabei immer betrachtet werden, dass durch die Eskalation der Gewalt, die auch zu einem guten Teil von der Polizei verursacht wird, Emotionen geweckt werden, die sich dann fast zwangsläufig in solchen Aktionen Luft machen. Mit Verurteilungen sollte man dabei sehr vorsichtig umgehen - ebenso wie der Gewaltfetischismus



*...noch Pferde...*

einiger ausgeflippter (Schein?)Radikaler abzulehnen ist.

Mit den scharfen Schüssen der Polizei in Göteborg dürfte eine neue Stufe der Eskalation erreicht sein. In Göteborg war



*...noch Schüsse...*

die Lage für einige Zeit ausser Kontrolle. Sogar verletzte PolizistInnen mußten nach notdürftiger Behandlung wieder „an die Front“. Das soll so schnell nicht wieder passieren. Für den nächsten Gipfel in Genua wurde schon eine Verlegung in Erwägung gezogen. Der Polizeistaat rüstet auf. Nahezu lückenlose Videoüberwachung der Veranstaltungen (mit anschließenden Denunziationsplakaten - wie schon mal in Berlin erprobt), erkennungsdienstliche Behandlung sollen die Selektion der „Gewalttäter“ ermöglichen. Willkürliche Verhaftungen aller potentiellen Demon-



*...werden die Proteste stoppen.*

strantInnen im Vorfeld und Nachgang der Demonstrationen werden zur Normalität. Festgenommene DemonstrantInnen sollen zur Abschreckung für die Kosten für „Kost und Logis“ in staatlicher Verwahrung aufkommen; Schily fordert sogar ein Ausreiseverbot für die „Polit-Hooligans“. Es wird sicher nicht lange dauern, bis EU- bzw. NATO-weit Vereinbarungen gegen den „Demonstrationstourismus“ getroffen werden.

Dennoch wird es nicht gelingen, den wachsenden Widerstand der von den Auswirkungen einer gnadenlosen Unterwerfung der Gesellschaft unter die Ökonomie



*Klassenkampf ist wieder in?!*

besonders Betroffenen zu stoppen. Die Staaten haben weder ein Interesse noch die Kraft, der Globalisierung Einhalt zu gebieten - die Konzerne diktieren die Politik noch unverblümter als vor dem Zusammenbruch des Ostblocks. Für die Globalisierungsgegner ist es allerdings an der Zeit, die bisherigen Proteste gegen die Auswüchse des Kapitalismus in eine Bewegung für eine lebenswerte Gesellschaft zu wandeln.

Nachfolgend haben wir den Aufruf verschiedener Gruppen aus Italien zum (Gegen-)Gipfel in Genua dokumentiert.

Vom 20.-22. Juli soll in Genua der G8-Gipfel stattfinden. 18.000 Polizisten, 3.000 Soldaten und die Sperrung der Grenzen für 4 Tage sollen die Herren der Welt schützen. Mindestens 100.000 Leute aber werden versuchen, ihnen die Suppe zu versalzen. Nachfolgend dokumentieren wir einen Aufruf von über 50 libertären Gruppen aus Italien.

## **Für eine sichtbare, autonome und offene Präsenz in Genua!**

### ***Aufruf an die anarchistische und libertäre Bewegung***

Die G8 wird sich vom 20. bis 22. Juli in Genua versammeln. Dieser Gipfel der Mächtigen verdeutlicht, in spektakulärer Form, die aktuelle Tendenz zur Konzentration ökonomischer und politischer Macht im Weltmaßstab, und zwar in bisher unbekanntem Ausmaß. Der Prozess der „Globalisierung“ öffnet die Schere zwischen der Welt der Reichen und der der Armen immer weiter durch das Aushungern der Bevölkerung ganzer Kontinente, durch die Marginalisierung ganzer Bevölkerungsschichten in den einzelnen Ländern, durch die Reduzierung jedweder Form von Arbeit auf Prekarität (unsichere Jobs) und durch das Eliminieren jeglicher sozialer Sicherheiten (dort, wo sie existierten).

All das spielt sich im Namen des Profits und der kapitalistischen Akkumulation ab, bar jeder Regel oder Zügel. Zeitgleich widmet man sich der Verschärfung gesellschaftlicher Kontrolle, sei es inner- oder außerhalb der Staaten: wir wohnen einer konstanten Verstärkung der repressiven Apparate (seien es nun Polizei oder Militär) bei. All dem müssen wir uns entgegenstellen! Wir waren, und sind es noch immer, TrägerInnen einer anti-staatlichen, non-reformistischen und internationalistischen Perspektive, die die Wiederbegründung der Einheit und Kampfkraft der arbeitenden und unterdrückten Klassen anstrebt. Unter den heutigen Umständen müssen wir wieder auf Folgendes hinweisen:

- Die Unmöglichkeit, die (nationalen und internationalen) politischen und wirtschaftlichen Organisationen zu demokratisieren, deren einziges Ziel die Intensivierung der Verwertung von Arbeit und Ressourcen ist;
- den Fakt, dass die Interessen der Ausgebeuteten und Ausbeutenden unvereinbar sind.
- Die Unveränderbarkeit der Funktionen eines Staates, die da sind: Aufrechterhaltung und Verstärkung sozialer, polizeilicher und militärischer Kontrolle, wobei die Wirtschaft am wenigsten kontrolliert wird;
- Alle heute anerkannten Rechte existieren nur auf dem Papier und haben keinerlei wert, wenn sie nicht von den Menschen unterstützt und verteidigt werden.

Wir müssen also kämpfen:

- Für die Bewegungsfreiheit aller, in einer Welt ohne Grenzen
- Gegen den Militarismus, die Kriege und Gefängnisse
- Für eine allgemeine Reduzierung der Arbeitszeit
- Für die Verteidigung der bisher erkämpften sozialen Sicherheiten und für die Verwirklichung einer angemessenen Lebensqualität für alle, ohne dabei auf das Modell des Wohlfahrtsstaates zurückzufallen (das die Verstaatlichung der ArbeiterInnenbewegung zur Folge hatte).

Mit dieser Perspektive scheint es uns angebracht, eine Serie zur G8 oppositioneller Demonstrationen vorzuschlagen, die es der libertären Bewegung erlauben würde, die Schlüssigkeit und Stärke ihrer Argumente nach außen zu tragen. Wir schlagen also vor:

- Teilnahme an der Demonstration in Genua am 9. Juni 2001, die uns Gelegenheit gibt, unsere Argumente öffentlich zu äußern.
- Für den 20. Juli 2001: Aufruf zum Generalstreik seitens der basisdemokratischen Gewerkschaften/Syndikate
- Die seltene Gelegenheit, Beziehungen zu italienischen und anderen GefährtInnen zu knüpfen, zu nutzen.
- Eine beachtliche libertäre Präsenz während des G8-Gipfels [und auf dem Gegengipfel] in Genua

Wir wollen uns der G8 entgegenstellen, indem wir unser Recht, frei in den Straßen zu demonstrieren, durchsetzen; und zwar mittels aller Formen des sozialen Kampfes und der Direkten Aktion, die nötig sind, um öffentlich eine radikal-libertäre Option zu konkretisieren. Wir prüfen die Möglichkeit, einen internationalen Kongress zu den Themen der „Globalisierung“ in den darauffolgenden Tagen zu organisieren. Wir laden alle Kräfte des gesellschaftlichen Kampfes, die mit diesem Appell konform gehen, ein, sich konkret an der Organisation der Demonstrationen zu beteiligen.



# Wir arbeiten am meisten und verdienen am wenigsten

## Auszüge aus einem Interview der Online-Zeitung „Trend“ mit einem streikenden Piloten

Da auch in linken Kreisen die Propaganda der Medien gegen die „unsolidarischen Piloten“ der Lufthansa ihre Wirkung getan hat, dokumentieren wir hiermit auszugsweise ein aufschlußreiches Interview der Trend-Online-Zeitung (<http://www.trend.partisan.net>) mit einem Beteiligten. Wir denken, dass gerade die (relative) Kompromißlosigkeit der PilotInnen und die Höhe ihrer Forderungen ein wichtiges Signal für künftige Arbeitskämpfe auch in anderen Bereichen sein könnte. Daß bereits einige Reaktionen erfolgt sind, haben wir im Anhang dokumentiert.

*Karl, bevor wir zu den aktuellen Ereignissen kommen, könntest Du Dich bitte kurz unseren LeserInnen vorstellen?*

Ja, ich bin Ende 20, seit über zwei Jahren Pilot und lebe hauptsächlich in Berlin. Ich sage hauptsächlich, weil ich auch in Frankfurt/M ein Zimmer habe, da ich dort stationiert bin. Ich muss also ständig pendeln. Meine Geburtsstadt will ich nicht verlassen, sonst könnte ich ja gleich zu Emirates wechseln. Die zahlen mehr als doppelt so viel wie die Lufthansa.

*Wie bist Du Pilot geworden?*

Zunächst habe ich ein gesellschaftswissenschaftliches Studium absolviert und anschließend habe ich die Pilotenlizenz bei Lufthansa erworben. Die musste ich aus eigener Tasche bezahlen.

*Wieviel Geld musstest Du dafür auslegen?*

80.000,- Mark. Plus Lebenshaltungskosten - da kommt man nach zwei intensiven Jahren Ausbildung schon leicht auf über 100.000,- Mark. Und in den letzten Jahren hat die Ausbildung zwischenzeitlich sogar mal 140.000 Mark gekostet.

*Hast Du das inzwischen abgezahlt?*

Nein, ich zahle immer noch monatlich 1200,- DM ab.

*Wie hältst Du Dich fit für Deinen Job?*

Ich treibe Sport, ernähre mich gut, rauche nicht, meide jegliche Drogen. Clubs kann ich nur kurz besuchen, da ich Angst habe, mein Hörvermögen zu vermindern. Wir werden ständig gesundheitlichen Checks unterzogen, und ich muss vier Mal im Jahr mein theoretisches und praktisches Können im Flugsimulator unter Beweis stellen. Die Lufthansa ist da sehr strikt. Das ist auch nötig und gut so. Schliesslich erwarten die Passagiere von Lufthansa Top-Qualität, gerade auch im Cockpit. Nur sollte dafür auch die Entlohnung adäquat sein.

*In der Öffentlichkeit wird der Eindruck erweckt, bei Eurem Streik handle es sich um einen Luxusstreik. Es ist die Rede von Piloten, die mehr als 300.000 DM im Jahre verdienen und jetzt zusätzlich 30% verlangen. Verrätst Du uns, wie viel Du verdienst?*

Ja, natürlich. Ich bin jetzt als Co-Pilot knapp über zwei Jahre dabei und habe ca. 4.500,- DM im Monat netto.

*Das ist ja auch nicht mehr als ein Studienrat hat und der muss seine Ausbildung nicht selbst zahlen.*

Ja, das stimmt. Nur langgediente Flugkapitäne kurz vor der Pensionierung mit 55 verdienen um die 300.000 Mark brutto. Das klingt viel, sind aber umgerechnet auf netto auch nur ca. 13.000 bis 15.000 DM monatlich. Außerdem muss man wissen, dass diese Zahl fast niemand erreichen kann, weil die Voraussetzungen dafür kaum jemand erfüllen kann: Eintritt bei der Lufthansa mit 20 Jahren, niemals für eine andere Fluggesellschaft geflogen sein und 55 Jahre alt sein und einen Jumbo fliegen. Ich weiß nicht, ob die VC in diesem Bereich noch Verhandlungsmasse sieht. Wichtig ist auf jeden Fall die Erhöhung insbesondere der unteren Einkommensstufen, denn ich kenne viele junge Kollegen, die sich überlegen, ins Ausland abzuwandern, um endlich die Schulden los zu werden.

*Damit wären wir beim eigentlichen Thema. Warum seid Ihr denn mit Eurer Gewerkschaft „Vereinigung Cockpit“, kurz VC, aus der ehemaligen Deutschen Angestellten Gewerkschaft (DAG) ausgesichert und habt Euch selbständig gemacht, warum seid Ihr nicht auch Mitglied bei ver.di geworden?*

Die DAG war ja immer ein ziemlich zahmer Verein. Kaum hatte der Arbeitgeber ein Angebot gemacht, hat die DAG schon zugestimmt. Nicht nur in unserem Bereich. Wir haben lange gezögert, bis wir endlich überzeugt davon waren, dass wir unsere Interessen innerhalb und mit der DAG schlecht vertreten konnten. Unsere Mitgliedschaft dort war eher ein Bremsklotz. Wir mussten fürchten, ver.di würde sich als ein noch größerer Bremsklotz erweisen. Diese Befürchtung hat sich jetzt bestätigt. Die versuchen, uns kaputt zu machen, weil ihnen die ganze Richtung nicht passt. Die wollen



**Stellungnahmen direkt vom Erzeuger:**  
<http://www.vcockpit.de>

alles über einen Kamm scheren, obwohl doch die Bedingungen überall völlig verschieden sind. (...)

*Zurück zu Cockpit. Wie erklärst Du Dir denn die starke Kampfbereitschaft bei der VC?*

Als die Lufthansa Anfang der Neunziger, 1991/92, in Schwierigkeiten war, haben wir enorme Zugeständnisse gemacht. Wir haben einen Sanierungsbeitrag in Höhe von 35 bis 40% geleistet. Und damit deutlich mehr als die anderen Lufthansa-Beschäftigten. Das sollten sich diejenigen, die am Donnerstag gegen uns auf dem Frankfurter Flughafen demonstriert haben, mal ins Gedächtnis rufen. Hätten wir das nicht gemacht, gäbe es die Lufthansa vielleicht gar nicht mehr. Dieser, unser Beitrag wird überhaupt nicht gewürdigt, weder von der Geschäftsleitung, noch von den protestierenden Kollegen, schon gar nicht von ver.di und dem DGB. Uns wird vorgeworfen, das jetzt zurück haben zu wollen. Wenn das so wäre, müssten wir zwischen 60 und 70 % verlangen. Das resultiert mathematisch aus dem unterschiedlichen Grundwert, der für beide Berechnungen zugrunde gelegt wird.

Wenn man sich unsere Gehälter anschaut, erkennt man, dass wir am unteren Ende im internationalen Vergleich stehen. Nur die SAS zahlt noch weniger. Die Kollegen bei United Airlines beispielsweise, die im letzten Jahr 28% erkämpft haben, verdienen das Doppelte und bewegen sich damit auch nur im Mittelfeld. Bei Cathay Pacific verdient man fast das Dreifache. Gleichzeitig arbeiten wir bei Lufthansa so ziemlich am meisten von allen verglichenen Airlines. - Also: wir arbeiten am meisten und verdienen am wenigsten!

Die Lufthansa bietet nun linear 12 - 13 % für die nächsten 4 Jahre, d.h. ca 3 % jährlich. Das ist eine Frechheit. Unsere Forderung beläuft sich auf 24 %. Damit sind wir der Lufthansa ohnehin schon sehr weit entgegen gekommen. Wir dürfen einfach nicht zulassen, dass die Schere weiter auseinanderklafft. (...)

Jetzt haben wir die Möglichkeit zu kämpfen. Damit werden sich auch die Dinosaurier aus ver.di und Co. abfinden müssen. Ich glaube, die haben nur Angst, dass wir ihren eigenen Mitgliedern zeigen, dass man solche Riesenorganisationen nicht braucht, um Erfolg zu haben. Im Gegenteil: kleinere, schlagkräftige Gewerkschaften können weitaus mehr erreichen für ihre Mitglieder. Man muss sich doch mal vorstellen, was ver.di für einen Riesenapparat hat, wie viel Funktionäre von diesem Apparat abhängig sind. Da traut sich doch keiner, eine eigene Meinung zu haben und uns z.B. zu unterstützen. - Aber das nur nebenbei.

Um es abschliessend noch einmal ganz klar zu sagen: Die Schmerzgrenze wurde eindeutig überschritten. Jetzt müssen wir kämpfen!

*Wir wünschen Dir und Euch viel Erfolg bei Eurem Kampf.*

Das Interview führte Alfred Fromm.

## **Für ein Ende der Bescheidenheit!**

Es gibt zwar bislang keine generelle Tendenz für ein „Ende der Bescheidenheit“. Ein gutes Zeichen gibt es schon mal: Die neue Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di warnt davor, dass die Fähigkeiten der PilotInnen, massive Lohnerhöhungen durchzusetzen, nicht ohne Auswirkungen auf die zentralisierten Gewerkschafts-Strukturen im Dienstleistungsbereich bleiben wird. Zwickel schäumt Gift und Galle über die PilotInnen und gibt in dem Zusammenhang unumwunden zu, dass die Lohnforderungen der IG Metall sich an den wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Branche und nicht an der der ArbeiterInnen dort orientieren. Deshalb ist es interessant und wichtig zu beobachten, was derzeit passiert und bei jeder Gelegenheit dazu aufzurufen, sich nicht mehr auf die alten zahnlosen Gewerkschaften des DGB zu verlassen, sondern mit dem „Maßhalten“ endlich Schluß zu machen. Eine kleine Auswahl der Aktionen, die allenfalls im jeweiligen Lokalteil der örtlichen Medien auftauchen, haben wir hier zusammengestellt:

---

### **Busfahrer fordern 25prozentige Lohnerhöhung**

25 Prozent mehr Lohn forderten die Busfahrer mit einem wilden Streik (d.h. ohne Vermittlung der Gewerkschaft und damit laut geltendem Recht illegal) der In-der-City-Bus GmbH in Frankfurt/Main. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, blockierten sie am 2. Juni früh in einer nicht angekündigten Aktion zwei Stunden lang ein Busdepot. Die ICB-Fahrer wollen nicht schlechter bezahlt werden als ihre Kollegen von der Stammgesellschaft VGF. Diese hatte die ICB eigens dafür gegründet, um Personalkosten zu sparen.

---

### **Reisebegleiter im Ausstand für Tarifvertrag**

Ohne Frühstück und Getränke mussten gestern die Gäste des Autozuges von Hamburg

ins südfranzösische Narbonne reisen. Grund: Die Reisebegleiter der RBG Reisebetreuung GmbH verließen, nachdem sie in Langenfelde den Zug noch beladen hatten, diesen in Altona, um zu streiken.(...) Die RBG ist eine 100-prozentige Tochter der Mitropa AG, die seit zwei Jahren die Autoreisezüge bewirtschaftet. Mitropa-Angestellte erhalten rund 17 Mark pro Stunde, dagegen liegt bei der RBG der Stundenlohn nur bei 9,73 Mark (brutto!). Feiertagszuschlag, Urlaubsgeld und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sind bisher für die 300 MitarbeiterInnen Fremdworte.



*Arbeitskampf auf koreanisch - streikende Arbeiter bei Daewoo*

---

## **Gegenwehr statt faule Kompromisse**

Daß bei Kampf gegen Betriebsschließungen mehr herauszuholen ist, als der übliche Kompromiß à la DGB (Erhalt von Arbeitsplätzen im Tausch gegen grenzenlose Flexibilisierung und Lohnzurückhaltung), bewiesen unlängst die Beschäftigten von Pouyet-Rungis, dem französischen Marktführer für Netzwerktechnologie. Diesen gelang es mit Hilfe der kleinen, aber um so rührigeren syndikalistischen Gewerkschaft CNT, den Plänen der Bosse, die Produktion nach Osteuropa zu verlegen und die französischen Beschäftigten betriebsbedingt, also ohne Abfindung, zu entlassen, einen Strich durch die Rechnung zu machen. Durch Streik und Betriebsbesetzung wurde verhindert, dass wertvolle Produktionsmittel abtransportiert bzw. Fertigprodukte ausgeliefert werden. Auf diese Weise hatten sie ein Druckmittel in der Hand, so dass das Unternehmen gezwungen war, weitreichende Zugeständnisse bei den Abfindungssummen zu machen. Die GewerkschafterInnen hatten von vornherein darauf verzichtet, einen nahezu aussichtslosen Kampf gegen die Betriebsschließung zu führen (zupal ein Großteil der Beschäftigten bereits resigniert hatte), da i.d.R.

dabei nur ein Sterben auf Raten erreicht wird, bei dem meist auch die Abfindungen eingespart werden.

Stattdessen forderten sie Abfindungen bis zu einer Million Francs (ca. 330.000 DM) pro Beschäftigten. Nachdem anfangs die Geschäftsleitung auf diese, nach ihrer Einschätzung „kriminelle“ Forderung gar nicht eingehen wollte, sah sich diese unter dem Druck, den die Gewerkschaft nicht zuletzt mit Hilfe ihrer Kontakte zu den Belegschaften der ausländischen Niederlassungen des Konzerns entwickeln konnte, gezwungen, weitreichende Zugeständnisse zu machen.

Mittlerweile ist die Auseinandersetzung beendet: Die Beschäftigten erhalten zwischen 50.000 (ohne mehrjährige Betriebszugehörigkeit) und 280.000 Francs. Das ist das 10- bis 35-fache dessen, was laut Tarif gezahlt werden muss. Hinzu kommen noch die gesetzlichen Abfindungen. Damit lassen sich doch ein paar Jährchen auf der faulen Haut finanzieren!

Weitere Infos zu diesem Streik gibt es in der aktuellen Ausgabe des „express – Zeitschrift für sozialistische Gewerkschaftsarbeit“ (Nr. 5/2001), welche auch im Blaue Welt Archiv einsehbar ist.

Einen kleinen Überblick, was wo passiert, gibt es übrigens unter: <http://www.wildcat-www.de/streiks.htm>

# Zitate des Quartals

*„Vor 30 Jahren gab es in Deutschland noch eine geistig rege Jugend, die erkannte, wer der Feind ist. Heute döst die Jugend und weiß nichts von der Wahrheit.“*

Max Goldt auf der Eröffnung der 11. Magdeburger Literaturwochen

*„Der Kapitalismus ist genauso falsch wie der Sozialismus. Die Parole 'Freiheit statt Sozialismus' muß ersetzt werden durch 'Solidarität statt Kapitalismus'“*

Späte Einsicht des Ex-CDU-Generalsekretärs Heiner Geißler im April 2001.

*„Ich bin zu faul, ein Deutscher zu sein!“*

Der Schriftsteller und Karikaturist Robert Gernhardt, dem es damit gelang, zwei Diskussionen in einem Satz abzuhaken.

*„Dieser Mordfall wird vor allem deshalb so breit in der Öffentlichkeit diskutiert, weil hier ein 'anständiger Ausländer' betroffen war, also ein Familienvater, der Kinder, eine deutsche Ehefrau und eine feste Arbeitsstelle hatte. Wenn die Opfer ohne Aufenthaltsberechtigung und arbeitslos sind, vielleicht sogar gesetzwidrig gehandelt haben, ist die Empörung in unserer Gesellschaft wesentlich geringer. Als ob ein irregulärer Lebenswandel der Opfer die Täter zum Totschlag befugt.“*

Die Theater-Autorin Anna Langhof in der Volksstimme vom 7.6.01 zum Mord an Alberto Adriano

*„Ich will keine Reden, bei denen Krokodilstränen vergossen werden. Sie wissen doch, wie das ist: Der König ist tot, es lebe der König.“*

Seine Durchlaucht Willi Polte nach seiner Abdankung in der Volksstimme

*„Das Problem ist nicht, welche Art von Waffen die Polizei benutzt hat. Das Problem ist, dass 400 bis 500 Menschen hierher gereist sind, nur um Kämpfe anzufangen.“*

Thomas Bodstrom, schwedischer Minister für Justiz und staatlichen Zynismus

*„Eine seltsame Sucht beherrscht die Arbeiterklasse aller Länder, in denen kapitalistische Zivilisation herrscht, eine Sucht, die das in der modernen Gesellschaft herrschende Einzel- und Massenelend zur Folge hat. Es ist dies die Liebe zur Arbeit, die rasende, bis zur Erschöpfung gehende Arbeitssucht.“*

P.Lafargue in „Das Recht auf Faulheit“, 1889

**Anzeige**

« Unser **LEBEN** ist der **MORD**  
durch **ARBEIT** – wir hängen  
60 Jahre lang am **STRICK** und  
zappeln. Aber wir werden uns  
**LOSSCHNEIDEN**»

[Georg Büchner, 1835]



[ anar'ço:zyndi'ka'lismus ]  
ist ein Messer



**PROBEHEFT**

Direkte Aktion  
Mühlgasse 13  
60486 Frankfurt  
da@fau.org

# Information Warfare

## „Der geplante Säureangriff“

„Täuschung gehört ebenso zur legalen polizeilichen Taktik wie das Verschleiern von Maßnahmen oder Verhältnissen.“ so steht es geschrieben unter Punkt 1.1.10. in der kommentierten PDV 100, einer Kampfschrift der deutschen Polizei. Immer wieder versucht die Polizei mit diesem strategischen Zug, den Protest der Bevölkerung zu brechen und die Gewaltbereitschaft der eingesetzten Beamten zu rechtfertigen. Beim diesjährigen Castor-Transport ins Wendland erfand die Polizeiführung u.a. die Legende vom geplanten Säureangriff auf eingesetzte Beamte. Eine Falschmeldung, die dankend von gewissen Medien übernommen wurde. Selbst international anerkannte Umweltschutzorganisationen, wie Greenpeace und Robin Wood, wurden als gewalttätig diffamiert.

Dem medienkonsumierenden Volk suggerierte man somit, dass Polizei gut, Demonstrant schlecht sei. Einfach und für jeden verständlich. Der Heldenbericht über zwei Polizeibeamte der BePo Sachsen-Anhalt in der hiesigen Volksstimme vom 31. März 2001 verdeutlicht diese Logik und zeigt darüber hinaus, dass wir erfolgreich im Polizeistaat angelangt sind.

Vieler Orts sprachen dieser Tage Vertreter von Polizei und Regierung vom Sieg des Rechtsstaates. Der Begriff Rechtsstaat umfasst eigentlich den Schutz der Grundrechte, wie Meinungsfreiheit, Freiheit der Person oder Versammlungsfreiheit, vor staatlicher Gewalt. Im Wendland fand jedenfalls die Umkehrung dessen, was unter diesem Begriff zu verstehen ist, statt. Wenn es denn jemals einen solchen Rechtsstaat in Deutschland gegeben hätte.

### **Vier gewinnt ... nach Punkten!**

Das Konzept der vielen tausend Menschen, die versuchten den vierten Atommülltransport nach Gorleben zu stoppen, ging trotz riesigem Polizeiaufgebotes auf. Zum ersten Mal

konnte ein Transport nicht nur längere Zeit gestoppt werden, sondern musste auch einige Kilometer zurückfahren.

### **Vorgeschichte**

Mitte der siebziger Jahre vermutete wohl kaum jemand, dass das Wendland Inbegriff des politischen Widerstandes werden würde. Das durch Landwirtschaft geprägte Gebiet, einst Hochburg der CDU, lag abgeschieden an der Grenze zur DDR; also ein idealer Ort um atomaren Müll zwischenzulagern. Das dachten sich offenbar die verantwortlichen Politiker seinerzeit. Doch die dort lebenden Menschen waren nicht so einfach zu übertölpeln. Sie gründeten Bürgerinitiativen und begannen den bis heute ungebrochenen Protest gegen die Atompolitik der BRD.

Lange zögerte die CDU/CSU-Regierung, einen Castor-Transport nach Gorleben zu unternehmen. Bereits der erste ernsthaft für Dezember 1994 angekündigte Transport musste aufgrund massiver Proteste um vier Monate verschoben werden. Am ersten Tag X, am 25. April 1995, säumten ca. 2000 Menschen die ca. 20 km lange Transportstrecke von Dannenberg nach Gorleben. Mit Sitz- und Traktorblockaden verzögerten sie die Ankunft des radioaktiven Mülls um drei Stunden. Insgesamt 13.000 PolizeibeamtInnen schlugen den ersten Castor durch. Gut ein Jahr später folgte Tag X2, 8. Mai 1996. Mit äußerster Brutalität gingen die etwa 15.000 Sicherheitskräfte gegen ca. 5.000 sich querstellende DemonstrantInnen vor. Da sich die Kosten für einen Castor-Behälter derzeit schon bei 50 Millionen DM beliefen, wurde 1997 der erste Six-Pack auf den Weg geschickt.

Obwohl jeder Castor-Transport ins Wendland ein Unikum ist, zeigten aber die Aktionen zu X3, dass gute Vorarbeit zum Erfolg führen kann. Dank einer Traktorblockade in Splietau konnte die Südtrasse über Nacht so hergerichtet wer-

den, dass kein Schwertransport diese Strecke passieren konnte. Auf der Schienenstrecke betonierten sich zwei AktivistInnen ein und vor der Ausfahrt des Verladekrans in Dannenberg setzten sich ca. 7.000 AtomkraftgegnerInnen quer. In den frühen Morgenstunden des 5. März 1997 begann die Räumung der Sitzblockade, wobei BGS und Polizei mit fortschreitender Zeit immer rabiater wurde. Erst nach acht Stunden war die Straße vollständig geräumt.

Auch die Polizei änderte ihre Strategie. Statt des riesigen Aufgebotes unmittelbar vor dem Tieflader ist ein dichter Korridor entlang der Straßenstrecke geschaffen worden; mit der Konsequenz, dass der Transport, der zuvor auf diesem Abschnitt sechs Stunden benötigte, nun um drei Stunden eher am Ziel ankam. Zur Durchsetzung des dritten Castor-Transportes nach Gorleben waren bundesweit an die 30.000 BeamtenInnen von BGS und Polizei im Einsatz, was zur Folge hatte, dass die Kosten um 100% anstiegen.

Aus machtpolitischen Gründen sollte 1998 der Transport ins Wendland erst nach den Bundestagswahlen erfolgen. Solidarisch verlagerte sich die Massenbewegung der KernkraftgegnerInnen ins nordrhein-westfälische

Ahaus, wo im März selben Jahres mit ähnlich großem Aufwand ein Transport radioaktiven Mülls gewaltsam von der Regierung durchgesetzt wurde. Kurz darauf, am 21. Mai 1998, verfügte dann die damalige Umweltministerin Merkel ein sofortigen Stop aller Castor-Transporte, solange bis geklärt ist, woher die übermäßige radioaktive Belastung an den Eisenbahnwaggons und an den Castorbehältern stamme. Die Kernkraftbetreiber gestanden ein, dass der zulässige Grenzwert von  $4 \text{ Bq/cm}^3$  seit Mitte der achtziger Jahre schon des öftern überschritten worden war.

### ***Neue Regierung - Alte Politik***

Drei Jahre später. Alte Gesichter der Anti-Atom-Bewegung stehen in Regierungsverantwortung. Der heutige Bundeskanzler Gerhard Schröder war vor zwanzig Jahren als Bundes-Juso-Vorsitzender und Rechtsanwalt der Meinung, dass ein atomares Zwischenlager in Gorleben nicht nötig sei. Jürgen Trittin unterstützte noch 1997 maßgeblich die Bewegung. Aber das ist schon lange her. Ein „Konsens“ wurde inzwischen mit den KKW-Betreibern erzielt und der Transport radioaktiven Mülls wieder aufgenommen.



# Schufden für die Herrenrasse

## NS-Zwangsarbeit in Magdeburg (Teil 1)

Anfang Juni 2001 haben Teile der deutschen Wirtschaft 3,8 Milliarden DM an den Entschädigungsfond für ehemalige NS-ZwangsarbeiterInnen überwiesen. Damit kann jetzt die eher symbolische Auszahlung von Entschädigungen an die noch lebenden 1,5 Millionen ZwangsarbeiterInnen beginnen. Dem war die mehr als fünfzigjährige Verleugnung jeder Schuld und Verantwortung der Unternehmen an der Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen vorausgegangen, gefolgt von der nunmehr dreijährigen Forderung der Industrie nach Rechtssicherheit vor Klagen der ehemals von ihr Ausgebeuteten. Noch immer sehen sich deutsche Unternehmen und auch ein Teil der öffentlichen TrägerInnen in der voll-

ständigen Verantwortung für die Verbrechen, die mit dem Zwangsarbeitssystem im Dritten Reich begangen wurde. Eben diese Verantwortung muß daher immer wieder eingefordert werden. Schließlich war ein wesentliches Merkmal der menschenverachtenden Politik des Nationalsozialismus die Rekrutierung von Millionen von Menschen zur Zwangsarbeit. Mit ihr war es dem Deutschen Reich möglich, einerseits seine Massenvernichtungspläne zu realisieren und gleichzeitig der beteiligten gesamten deutschen Wirtschaft mittels billiger Sklaven zur Profitmaximierung zu verhelfen. Dabei umfaßt der Begriff der „Zwangsarbeiter“ eine Vielzahl von Personengruppen mit unterschiedlichen Arbeitsverhältnissen und unterschiedlichen Zielsetzungen der Zwangsmaßnahmen. Gemeinsam war allen, daß sie unter extrem schlechten Bedingungen und vollkommener Rechtlosigkeit arbeiten mußten. In den meisten Fällen waren sie von der deutschen Bevölkerung isoliert und in Lagern untergebracht.

Zunächst wurden KZ-Häftlinge zur Arbeit in den Lagern und SS-eigenen Betrieben gezwungen, wobei es weniger um Profit als um „Vernichtung durch Arbeit“ ging. Erst der Beginn des Zweiten Weltkrieges ließ die Zwangsarbeit in der deutschen Wirtschaft in den Vordergrund rücken. Er schuf die Voraussetzungen zur Errichtung eines komplexen Zwangsarbeitssystems, das faktisch einer Wiedereinführung der massenhaften Sklaverei gleichkam. Der Arbeitskräftemangel aufgrund des Kriegseinsatzes, Streben der Privatwirtschaft nach ständiger Profitmaximierung und die völkische Politik des NS-Regimes machten dies möglich. Gegen

### Stadt Magdeburg bzw. Deutsches Reich:

1. Lager für 1500 Kriegsgefangene, Saalestraße, Mai 1942 – Aug. 1943
2. Lager für 200 bis 500 französische Zivilgefangene zur Unterstützung Sudenburger Betriebe, Nachtigall-Straße (heute Ackerstraße), Jan. 1943 – Mai 1944
3. Auffanglager der Gestapo, Posener Straße (heute Fortführung Klosterkamp), Febr. 1943 – Jan. 1944
4. Ausweichbarackenlager für 400 „fremdvölkische“ Gefangene, Heinrichsbergerstraße, Aug. 1943 – 1945
5. Barackenlager für 250 ausländische ZwangsarbeiterInnen, Bf. Rothensee, 1943 – 1944
6. Lager für überwiegend polnische Zivilarbeiter, städtische Müllabfuhr
7. Lager für überwiegend ukrainische Zivilarbeiterinnen, Gartenverwaltung/Herrenkrug
8. Lager für überwiegend ukrainische Zivilarbeiterinnen, Krankenhaus Sudenburg
9. Lager für französische ZivilarbeiterInnen, Krankenhaus Altstadt
10. Lager für ZwangsarbeiterInnen, Sackfabrik Bendix



Ende des Krieges waren es schließlich 7,6 Millionen zwangsrekrutierte ZivilarbeiterInnen und Kriegsgefangene aus den besetzten Gebieten sowie hunderttausende KZ-Häftlinge, die zur Zwangsarbeit in allen Bereichen der Wirtschaft verpflichtet wurden. In allen Städten und auf dem Land gab es insgesamt mehr als 20.000 Zwangs-



**Eingang zum Poltelager in der Liebkechtstraße**

arbeitslager. Hinzu kamen 600 Außenkommandos, in denen die von der deutschen Wirtschaft „entliehenen“ Arbeitsklaven aus den Konzentrationslagern interniert waren.

### **Zwangsarbeit in Magdeburg**

Auch Magdeburg, eines der Zentren der deutschen Rüstungsindustrie, ist an der düsteren Geschichte der Zwangsarbeit im Nazideutschland beteiligt. Sowohl die Stadt selbst, als auch Kleinbetriebe und sämtliche Großunternehmen beschäftigten insgesamt mehrere Tausend ZwangsarbeiterInnen. Neben einer Vielzahl von Unterkünften und Lagern für ZivilarbeiterInnen und Kriegsgefangene befanden sich in der Stadt drei Außenkommandos der KZs Ravensbrück und Buchenwald. Hierher wurden Häftlinge als billige Arbeitsklaven für die Rüstungsfirma Polte, die BRABAG (Braunkohle-Benzin-AG) und bei der Ferngasversorgung Provinz Sachsen – Thüringen AG verschleppt.

#### **OHG Polte:**

- 11. Provisorisches Lager für polnische Zwangsarbeiter, Baustelle Polte-Junkersberg, Nov. 1941
- 12. Lager für Ostarbeiter, Diesdorfer Straße 185, Okt./Nov. 1942
- 13. Außenlager KZ Ravensbrück/später KZ Buchenwald, Poltestraße (heute Liebkechtstraße), Juni 1944 – April 1945

#### **R. Wolf AG:**

- 14. Unterkünfte für französische Zwangsarbeiter, Feldstraße 9-13 (heute Karl-Schmidt-Straße), März 1942 – Febr. 1943
- 15. Kriegsgefangenenlager für sowjetische Offiziere, Am Hopfengarten 8

#### **Braunkohle- und Benzin-AG (BRABAG):**

- 16a. Lager für 250 ausländische Zwangsarbeiter, Schwerin-Krosigk-Damm (heute August-Bebel-Damm), ab Juli 1940
- 16b. Lager für 1620 sowjetische Kriegsgefangene, Havelstraße, ab 1941
- 17. Außenlager KZ Buchenwald („Magda“) als Erweiterung von 16a und 16b, Dreieck Schwerin-Krosigk-Damm – Havelstraße – Heinrichsberger Straße, Juni 1944 – Febr. 1945

#### **Schäffer & Budenberg GmbH:**

- 18. Lager für 300 ZwangsarbeiterInnen, Halberstädter Straße 37, Febr. 1942 - März 1945

#### **Zuckerraffinerie Magdeburg AG:**

- 19. Unterkunftsräume für ausländische Zwangsarbeiter, Halberstädter Straße 179-183, Juni 1943 – Jan. 1944

#### **Fahlberg-List AG:**

- 20. Lager v.a. für sowjetische und polnische ZivilarbeiterInnen, Holsteiner Straße/Westerhüsen, bis April 1945

#### **Ferngasversorgung Provinz Sachsen – Thüringen AG:**

- 21. Außenlager KZ Buchenwald für männliche Häftlinge, Franckestraße, Mai – Okt. 1943

**Die Listen geben Auskunft über die eindeutig zuordbaren Zwangsarbeitslager in Magdeburg. Aufgrund der relativ schlechten Forschungslage sind dabei Fehlangaben nicht ausgeschlossen. Auch ein Anspruch auf Vollständigkeit kann für die Liste nicht erhoben werden.**

# Schreiben gegen das Vergessen

## Gudrun Pausewang im Literaturhaus - ein etwas anderer Zugang zur Zwangsarbeiterproblematik

Am 22.05 fand im Literaturhaus in der Thiemstraße eine Lesung von Gudrun Pausewang statt. Die Autorin ist Mitte der 80er Jahre bekannt geworden mit den Büchern "Die letzten Kinder von Schewenborn" und "Die Wolke". Beide Bücher beschäftigen sich mit den möglichen bzw. eingetretenen Folgen der Nutzung der Atomwaffen und Atomenergie.

Geboren 1928 gehört sie zu der Generation, die während ihrer Jugendzeit den zweiten Weltkrieg miterlebt hat. Noch heute beschäftigt sie die Vergangenheit ihres Vaters, der sich freiwillig zu diesem Krieg meldete

und dabei umkam. In ihrer Kindheit und Jugendzeit kolonisierte ihre Familie ein kleines Stück Land in Mähren, das heute in der Tschechischen Republik liegt. Ihre Eltern hatten - inspiriert aus der Wandervogelbewegung heraus - das Ideal der Kolonisation und Selbstversorgung zu leben versucht. Das Land, auf dem sie siedelten, wurde von den Dorfbewohnern Rosinkawiese (Rosinenwiese) genannt, weil es unfruchtbares Sumpfland war, was den Beginn des Lebens dort nicht gerade erleichterte. Mit dem Ende des zweiten Weltkriegs flüchtete ihre Mutter mit den sechs Kindern nach Deutsch-

land. Nach ihrem Lehramtsstudium verbrachte Gudrun Pausewang lange Zeit in Chile und anderen Ländern Südamerikas.

Vor dem Hintergrund der Zwangsarbeiterproblematik behandelt ihr neuestes Buch "Wiedersehen mit Anna" Geschehnisse, die - obwohl über 50 Jahre vergangen - wieder eine brisante politische Aktualität erlangt haben. Während ihrer Zeit auf der Rosinkawiese hat ihre Familie die Zwangsarbeiterin Anna

zugewiesen bekommen, die über vier Jahre bei Haushalt und Landwirtschaft mithalf. Das Buch "Wiedersehen mit Anna" handelt von

*"Man darf seine politische Weltanschauung, seinen Standort und seine Ziele weder dem Zeitgeist noch irgendwelchen politischen »Führern« zu bestimmen überlassen. Das ist eine Aufgabe, die man nicht delegieren darf. Die Verantwortung dafür kann dem einzelnen niemand abnehmen - ebenso wenig wie die Pflicht als mündiger Basisbürger eines demokratischen Systems politische Verantwortung mitzutragen."*

Gudrun Pausewang in dem Buch "Geliebte Rosinkawiese" (1989)

einem Besuch bei ihr in der Sowjetunion, sie hat bis zu ihrem Tod keine Entschädigung für das ihr widerfahrene Unrecht erhalten.

Gudrun Pausewang hat bis heute über 70 Bücher geschrieben, neben den Kinderbüchern, mit denen sie bekannt geworden ist, hat sie auch einige Romane für Erwachsene geschrieben. Sie ist immer noch aktiv als Schriftstellerin und unternimmt umfangreiche Reisen, bei denen sie Lesungen hält und dabei eine beeindruckende Vitalität ausstrahlt.

J.S.

## Broschüre zur Diskussion um die Arbeit:

# Hauptsache Arbeit?

Fragt ein wenig ketzerisch der Autor in seiner gleichnamigen Broschüre mit dem Untertitel "Zum Verhältnis von Arbeit und menschlicher Emanzipation" und stemmt sich mit seiner kritischen Analyse des Arbeitsbegriffs gegen den Trend, Arbeitsbeschaffung als Allheilmittel gesellschaftlichen Notstands zu preisen. Sehr treffend bringt er dazu noch vor dem eigentlichen Text das richtungsweisende Zitat von Peter Kropotkin: "Das Recht auf Wohlstand ist die soziale Revolution, das Recht auf Arbeit ist günstigstenfalls ein industrielles Zucht-haus".

Die Frage "Was ist Arbeit?" stellt er in den Mittelpunkt seiner Darlegungen der ersten zwei Kapitel. Zunächst nimmt er eine deutliche und unmissverständliche Abgrenzung des Begriffs vor, wobei er das Gegenstück zur Arbeit als "schöpferische Praxis" bezeichnet. Danach folgt ein geschichtlicher Abriss, der die recht eigentümliche Wandlung des Arbeitsbegriffs von der Urgesellschaft bis in unsere heutige Zeit an Hand vieler Beispiele sehr schön und verständlich darlegt.

Im Kapitel "Arbeitsgesellschaft" geht der Autor dann deutlich mehr in die Tiefe. Er analysiert die kapitalistischen Produktionsstrukturen und das daraus resultierende neue Arbeitsethos. Hierbei zitiert er aus unzähligen Texten anderer Autoren, was den auf diesem Gebiet eventuell unkundigen Leser ein wenig den Faden verlieren lässt. Hierfür entschädigt dann allerdings das anschließende Resümee.

Im letzten Kapitel "Jenseits der Arbeit" kommt der Autor fast ein wenig zu kurz, dafür aber sehr prägnant, auf Utopien und Perspektiven zu sprechen. Hier lässt er eigenen Ideen (mutmaßlich, da erstaunlich wenige Zitate :-)) freien Lauf und regt damit auf angenehme Art und Weise den Leser zu

eigenen Überlegungen an. Davon hätte ich mit Sicherheit noch 100 weitere Seiten lesen wollen. Naja, vielleicht in den Texten zur Arbeit II!

Alles in allem ist die abgerundete und gut strukturierte Lektüre wärmstens zu empfehlen, insbesondere für alle diejenigen, die sich nicht von den Faulenzersprüchen des Herrn Schröder einschüchtern lassen wollen. Sie bildet eine gute Grundlage, sich gegen den Arbeitswahn und vor allem gegen den quasi Arbeitszwang in unserer heutigen Gesellschaft zu stellen.

L. Unruh, Hauptsache Arbeit? Zum Verhältnis von Arbeit und menschlicher Emanzipation. Moers 2000, 60 Seiten, DM 5,50

Die Broschüre ist entweder über den Verlag (Syndikat-A, Bismarckstr. 41a, 47443 Moers - [www.fau.org/syndikat-a](http://www.fau.org/syndikat-a)) oder auch im Blaue Welt Archiv erhältlich.



# Auf der Suche nach Normalität

## *Zum Umgang mit dem Holocaust in der DDR.*

Als der Blick der ostdeutschen Öffentlichkeit im Jahre 1988 erstmals in größerem Maße auf die Novemberpogrome des Jahres 1938 gelenkt wurde, erschien es zahlreichen Beobachtern, als habe die DDR die Juden und ihre Verfolgungsgeschichte überhaupt erst zu diesem Zeitpunkt für sich entdeckt. Dieser Eindruck ist zugleich falsch und richtig. Falsch ist er, weil sich die Auseinandersetzung der DDR mit dem Holocaust seit 1960/61 in einem stetigen Aufwärtstrend befand. Richtig hingegen ist auch, daß alle Beschäftigung das staatliche Desinteresse an der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden nur äußerst unzureichend zu kaschieren vermochte.

Die Auseinandersetzungen der DDR mit dem Holocaust begannen, wie auch in der Bundesrepublik, mit der Gefangennahme Adolf Eichmanns im Jahre 1960. In den Jahren zuvor wurde der Holocaust in der politischen Kultur der DDR verschwiegen, die verfolgten und ermordeten Juden wurden - wenn überhaupt - nur als Opfer unter vielen betrachtet, und im Literaturbetrieb wurde versucht, die sog. Leidensliteratur zurückzudrängen. Während aus den kommunistischen Widerstandskämpfern neue nationale Identität geschöpft werden sollte, wurde den Juden die Rolle des Opfers zugewiesen, für welche in der vor allem auf Heldentum basierenden nationalen Erinnerungskultur kein Platz vorgesehen war.

Als im Jahre 1960 die Gefangennahme Adolf Eichmanns bekanntgegeben wurde, begann die zweite Phase der Beschäftigung mit dem Holocaust in der DDR. Auch

in dieser Periode ging es weniger um eine konkrete Auseinandersetzung mit dem historischen Ereignis Holocaust, sondern vielmehr um eine politische Funktionalisierung einer speziellen Holocaustinterpretation. Durch eine großangelegte Kampagne, in der die NS-Vergangenheit westdeutscher Politiker thematisiert wurde, versuchte die DDR, die Bundesrepublik zu delegitimieren und die eigene Staatlichkeit im Gegenzug als einzig wahrhafte Konsequenz aus den Lehren der Geschichte zu präsentieren. Im Rahmen dieser Propagandakampagne ergab sich jedoch auch erstmals wieder die Möglichkeit, einige Publikationen zum Holocaust zu veröffentlichen, so daß die weitgehende Tabuisierung des Themas zu Beginn der 60er Jahre durchbrochen war.

Die nächsten Veränderungen erfuhren die Auseinandersetzungen mit dem Holocaust seit etwa 1967. DDR-Wissenschaftler beschäftigten sich im Unterschied zur vorangehenden Phase fortan in weitaus seriöserer Art und Weise mit dem Thema der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Gemessen an anderen Bereichen der Zeitgeschichtsschreibung nahm der Holocaust jedoch auch in dieser Phase nur eine marginale Rolle im Kontext der historischen Forschung und ihrer Darstellung ein.

Im Zuge der internationalen Entwicklungen, des Wandels in der Sowjetunion, aber auch aus veränderten innen- und außenpolitischen Zielstellungen heraus, erfuhr die Holocaustrezeption in der DDR seit der Mitte der 80er Jahre ihre letzte Wandlung. Im Verlauf der seit etwa 1985 einsetzen-

den Veränderungen wurde der jüdischen Geschichte öffentliche Aufmerksamkeit in bis dahin in der DDR nicht gekannter Weise entgegengebracht, jüdische Relikte wurden in größerem Maßstab restauriert, und es entwickelte sich, ähnlich wie zehn Jahre zuvor in der Bundesrepublik, ein verstärktes Interesse an einer regional orientierten Aufarbeitung jüdischer Geschichte.

Was sich jedoch auch in dieser Phase nicht mehr veränderte, waren die politisch-ideologischen Voraussetzungen der NS- und Holocaustinterpretation. Die Grundlage und gleichzeitig den Rahmen für die Deutung des NS - und daraus abgeleitet auch des Holocaust - bildete die 1935 vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale erarbeitete Dimitroffformel. Faschismus - nach der von Dimitroff vorgetragenen These die "offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals" - wurde als Extremform des Kapitalismus dargestellt und gleichsam darauf reduziert. Die Massenbasis der NS-Bewegung wurde in diesem Zusammenhang weitgehend ausgeblendet, geleugnet oder auf Kleinbürgertum und Lumpenproletariat reduziert. Insbesondere die Arbeiterklasse, aber auch große Teile anderer Bevölkerungsgruppen waren nach DDR-offizieller Geschichtssicht resistent gegen Nationalsozialismus und antisemitische Propaganda geblieben, und hätten in unzähligen Fällen sogar versucht, aktiv dagegen anzugehen. Hitler, so wurde immer wieder behauptet, sei lediglich eine austauschbare Marionette des Finanzkapitals gewesen. Sämtliche Maßnahmen seiner Regierung - somit also auch der Massenmord an

den europäischen Juden - hätten demzufolge in Übereinstimmung mit dem übergeordneten Klasseninteresse dieser Kreise gestanden.

Neben der Ausbeutung der verfolgten Juden, so wurde immer wieder behauptet, hätten die Funktionen des Antisemitismus darin bestanden, die Bevölkerung von der Empörung über ihre Unterdrückung abzulenken, die Menschen gezielt zu verrohen sowie Oppositionelle, insbesondere aus dem Spektrum der Arbeiterbewegung, abzuschrecken. Antisemitismus galt somit als ein bewußt eingesetztes Manipulationsinstrument der herrschenden Klasse, das in Blitzableitermanier Klassenkämpfe in sogenannte "Rassenkämpfe" umzuwandeln hatte. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden war nach dieser Auffassung demnach auch kein Hauptkennzeichen "des Faschismus", sondern ein zwar barbarisches, aber dennoch eher nebensächliches Phänomen, welches sich den außen- und innenpolitischen Zielen der Monopolbourgeoisie unterordnete.

Aus der unverhältnismäßig starken Betonung des deutschen Widerstandes, der Reduktion des NS und des Holocaust auf ökonomische Interessenlagen verschiedener Kapitalfraktionen und der direkt damit verbundenen nachträglichen Entlastung der Bevölkerung ergab sich mit dem Bild des "anderen Deutschland" der zentrale Gründungsmythos der DDR. Der antifaschistische Selbstanspruch der DDR (der hier trotz aller Kritik nicht in Frage gestellt werden soll) in Kombination mit der Selbstwahrnehmung als "Opfer des Faschismus", führte den Blick auf Auschwitz damit wie von unbeteiligter, unbefangener Seite, die zwar bedauert, aber in Wirklichkeit kein aufrichtiges Interes-

se am Leid der ermordeten Juden aufbringen kann. Als der Kirchenbeauftragte der DDR, Kurt Löffler, bei einem Staatsbesuch in Israel im Februar 1989 erklärte, sein Land sei selbst indirekt ein Opfer der Nazis geworden und brauche daher auch keine Wiedergutmachungszahlungen zu leisten, verlieh er genau diesem staatlichen Selbstverständnis seinen offiziellen Ausdruck.

Obwohl sie die kollektive Vorgeschichte mit der Bevölkerung der Bundesrepublik teilten, wurden die Menschen in der DDR im Unterschied zu ihren ehemaligen Volksgenossen westlich der Elbe zu Mitsiegern der Geschichte erklärt und "sozusagen posthum zu einem Teil der Antihitlerkoalition erhoben" (Ralph Giordano). Die Wünsche großer Teile der Bevölkerung nach Entlastung und Entschuldung ergänzten sich in diesem Punkt nahezu idealtypisch mit den staatlichen Versuchen innenpolitischer Akzeptanzgewinnung. Persönliche Auseinandersetzungen mit dem eigenen Verhalten und der eigenen Rolle sowie der Rolle der eigenen Familie im System des Nationalso-

zialismus wurden dadurch, ähnlich wie in der Bundesrepublik, zu Gunsten einer möglichst reibungslosen Integration in den neuen Staat verhindert.

Insbesondere bei den Beziehungen zu Israel, das sich bekanntlich als Staat der Überlebenden des Holocaust begreift, wird die Schiefelage der zentralen Gründungsmythologie der DDR deutlich: Kurz nach der Gründung Israels erklärte sich auch die SED in der sowjetischen Besatzungszone solidarisch mit den dort lebenden Juden und wies auf eine besondere Verantwortung der Deutschen hin. Spätestens seit der Mitte der 50er Jahre trat an die Stelle dieser besonderen historisch-politischen Verantwortung jedoch ein Antizionismus, nach dem Israel ausschließlich als Brückenkopf des US-Imperialismus betrachtet wurde.

Auch wenn die Auseinandersetzungen um Israel, die Palästinenser und den Zionismus vor allem eine globalpolitische Dimension vor dem Hintergrund des Kalten Krieges hatten und zusätzlich dem Versuch geschuldet waren, die außenpolitische Isolation der DDR über eine Anerken-

*Anzeige*



**VINYL CD VIDEO SHIRTS**

**FIRST & SECOND HAND**

**MD HEIDESTRASSE 36 MO-FR 11-19.00 DO - 20.00 SA 10-14.00 UHR**

nung durch die arabischen Staaten zu durchbrechen, wurden sie gleichzeitig als Projektionsfläche für die staatliche Vergangenheitsbewältigung genutzt. Insbesondere der von der Sowjetunion übernommene Antizionismus bot der DDR die Möglichkeit, die eigene reale Vergangenheit, die in den Biographien und Mentalitäten vieler Bürger durchaus noch präsent war, und die in den meisten Fällen nicht mit der staatlichen Gründungsmythologie übereinstimmte, zu entsorgen. Diese Entlastungswünsche äußerten sich vor allem in den ständigen Gleichsetzungen der israelischen Politik mit dem Nationalsozialismus: So wurde die israelische Armee regelmäßig als "Wehrmacht" beschimpft, Moshe Dayan, Menachim Begin und Ariel Scharon wurden immer wieder mit Hitler verglichen, die von Israel besetzten Gebiete als Konzentrationslager bezeichnet usw. usf. Im August 1982 wurde in der Zeitschrift *Horizont* schließlich behauptet, von Israel werde "ein von langer Hand vorbereiteter Holocaust" durchgeführt.

Diese Faschismusvorwürfe an Israel haben selbstverständlich nichts mit der tatsächlichen Politik der israelischen Regierung zu tun. Die sich beim Thema Israel regelmäßig einstellenden Faschismusvorwürfe machen vielmehr das Bedürfnis sichtbar, endlich auch einmal die Juden als Täter vorführen zu können, um damit die Deutschen indirekt zu entlasten und die eigene staatliche (Vor-)Geschichte zu relativieren. In den Faschismusvorwürfen an Israel wird jedoch gleichzeitig auch eine, in der Propagierung des "anderen Deutschlands" bereits angelegte Widersprüchlichkeit erkennbar: So verdeutlichen die Faschismusassoziationen, die sich bei Handlungen Israels stets einstell-

ten, die in der DDR bewußt oder unbewußt vorhandene Erkenntnis einer Diskrepanz zwischen antifaschistischem Mythos und nationalsozialistischer Realität. Bei einer vollständigen Verinnerlichung der Gründungsmythologie vom "anderen, anständigen Deutschland", in dem die Bevölkerung zum Großteil resistent gegen die antisemitische Propaganda geblieben war, wäre es nicht mehr nötig gewesen, die Bedürfnisse nach kollektiver Entschuldung über aggressive Angriffe gegen die einstigen Opfer abzuleiten. Unter diesen Voraussetzungen hätte kein Bewußtsein von Schuld und folglich auch kein Bedürfnis nach kollektiver Entschuldung mehr existiert.

Die in den Faschismusvorwürfen deutlich werdenden Entlastungswünsche sind also gleichzeitig das stille, mit der staatlichen Erinnerungskultur eigentlich nicht zu vereinbarende Eingeständnis einer Schuld, mit der Intention, durch Hinweise auf von Juden begangene Verbrechen von gerade dieser Schuld befreit zu werden. Der sich aus den Versuchen, die Widersprüchlichkeiten zwischen antifaschistischem Mythos und nationalsozialistischer Realität zu überwinden, ergebende sekundäre Antisemitismus, ein Antisemitismus nicht trotz, sondern gerade "wegen Auschwitz" (Dan Diner), repräsentiert somit das Verlangen nach "deutscher Normalität", einer "normalen Arbeiterklasse" bzw. einem "normalen Volk" in einem "ganz normalen Land". Er symbolisiert gleichzeitig das unterschwellig vorhandene Wissen, daß die jüngere deutsche Geschichte gerade diese "Normalität" nicht hergibt.

*jag.*

# Gedanken aus der Hängematte

*Kommentare zum Alltagsgeschehen. Von G.H.*

## Schmarotzer & Faule

Eine Merkwürdigkeit an der Berichterstattung über die Arbeitslosigkeit in den hiesigen Medien ist immer wieder, daß zwar über die Symptome und auch Protestaktionen berichtet wird, aber die wirklichen Ursachen tunlichst verschwiegen werden.



Nur vereinzelt gibt es in der Tagespresse (z.B. "Junge Welt" in ihrem Leitartikel vom Freitag dem 8.6.01) einen vagen Hinweis darauf, daß der Grund für die hohen Arbeitslosenzahlen nicht in der «Faulheit» der Werktätigen begründet ist, sondern in der überholten Gesellschafts-, Wirtschafts- und Sozialstruktur des kapitalistischen Systems.

Es müssen die eigentlichen Schmarotzer dieser Gesellschaft, wie z.B. unfähige und überbezahlte Politiker und Wirtschaftsbosse entlarvt, enteignet und zur Lächerung in die Sozialhilfe geschickt werden. Das scheint mir noch die geringste Strafe für diese Typen zu sein.

Des weiteren gibt es genug Überlegungen (z.B. drastische Verkürzung der Arbeitszeit bei gleicher Bezahlung, was durch den technischen Fortschritt möglich ist) und Modelle, um in friedlicher Art und Weise die allgemeine Misere zu überwinden. Nur fehlt dazu von maßgeblicher Seite der nötige Wille, eine Gesellschaft zum Wohle aller zu errichten, denn dazu wäre auch eine gerechte Umverteilung der Reichtümer in aller Welt nötig.

8.6.01

---

## Abendgruß

In der Reichshauptstadt des Märchenlandes steht ein Regierungswechsel bevor und alle Staatssozialisten jubeln. Nun wird alles besser.

Gute Nacht ihr Lieben und schlaft recht schön.

13.6.01

---

## Hiobsbotschaft

Am 14.6.01 meldet der MDR: „Im Landtag von Sachsen-Anhalt werden die Bezüge der Abgeordneten nicht erhöht. Nach Informationen der 'Magdeburger Volksstimme' wurde der Vorschlag der unabhängigen Diätenkommission zur Erhöhung der



Bezüge von CDU und SPD abgelehnt. Die so genannte „Grundentschädigung“ sollte um 200 auf 7900 Mark angehoben werden. Die PDS hatte sich bereits im Vorfeld gegen einen Anstieg der Diäten ausgesprochen.“

Schon jetzt kommt das Dienstpersonal mit den paar Pfennigen Haushaltsgeld nicht aus. Den Abgeordnetenhaushalten droht nun eine Verelendung. Man stelle sich vor: nur 7700 DM „Grundentschädigung“ pro Monat und das bei der weiter gestiegenen Inflation. Und das ist nicht alles, wenn nicht die reichlich fließenden „Zusatzentschädigungen“ wären, würde schon jetzt mancher Abgeordnete heimlich in einem der wunderschönen Beton-Monster-Blöcke in der Magdeburger Innenstadt sein Elendsquartier aufschlagen müssen, verfolgt von einer Horde arbeitsloser «Fauler».

Wehret der Verelendung!

14.6.01



Und zuguterletzt noch ein kleines Gedicht zur neuen Traditionsbildung in der PDS sowie zum alljährlichen Wahlzirkus:

### **Der Mauer-Fall**

Mit Gewimmer  
gibt Frau Zimmer  
nun bekannt  
das auf immer  
sind verdammt  
im ganzen Land  
bald auf Dauer  
die Erbauer  
jener Mauer,  
die gebaut,  
ein ganzes Volk  
spaltete durch  
Volt und Colt.

Was verbrach  
ein Sohn der Klasse  
mangels personeller Masse.

Beifall klatscht man  
rechts wie links  
endlich nun  
Geschichte stimmts

wieder mit der Tradition  
der Historie Revision  
durch PDS'lers Führungsthron.

15.6.01

---

### **Wahlbilanz**

Die Bürgermeister sind gewählt  
viel Volk hat sich nicht abgequält  
mit schnödem Urnengang

Denn ob das Volk nun geht und wählt  
nie seine Stimme wirklich zählt  
beim schnöden Urnengang

Die Hauptsach' ist doch hierzuland  
der Karrierist kriegt Oberhand  
durch schnöden Urnengang

Und sagt dem Volk noch schönen Dank  
mit neuen Steuern - ach verdammt  
nach schnödem Urnengang

25.6.01

# Proklamation des Jahrhunderts der Parasiten

## Die „Futuristen in der SPD“ zu den Sorgen des Kanzlers

Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst des Sozialhilfeempfängers in dritter Generation. Ja zum Glück scheinen sich inzwischen die Sozialhilfeempfänger zu vermehren. Denn nur Menschen, die bereit sind, nicht mehr zu produzieren, sondern nur zu konsumieren, können noch für gesellschaftlichen Fortschritt sorgen. Deshalb verkünden wir hier und heute:

### *Das Jahrhundert der Parasiten*

Was - der Parasiten? Der sog. „Schädlinge des Volkskörpers“? Wie kannst du nur diesen Begriff verwenden, der den Nazis zum Vorwand ihres Gaskammermordens gedient

überleben kann. Wenn das 19te Jahrhundert das der Bürger war, das 20te das der Arbeiterbewegung, so ist das 21te Jahrhundert das der Parasiten.

Der Parasiten, weil nur die Konsumtion eines zunehmenden und unproduktiven Teils der Gesellschaft die Produktions-Sehnsüchte des arbeitsgeilen anderen Teils der Gesellschaft noch befriedigen kann. Selbstverständlich geht es um eine Demokratisierung des Parasitären, also um Menschen mit geringem Einkommen, die sich durchfüttern lassen, die Reichen hatten damit schließlich noch nie Probleme.

Deshalb ist die Abschaffung des § 25

Bundessozialhilfegesetz, des Zwangsarbeitsparagrafen, der mit Strafarbeit die Arbeitsbereitschaft erpressen soll, nur der erste Schritt, eine erste Verwirklichung des Rechts auf Faulheit, das in den nächsten Schritten komforta-



*Der Genosse der Bosse*

hat? Na eben, das zeigt, wie unter der Nazi-perspektive Menschen zu Parasiten erklärt, nur als Objekte des Exterminismus, also der Vernichtung, gesehen wurden.

Wir hingegen proklamieren:

So wie die Produktivität sich entwickelt hat, ist nur noch durch Konsumenten, die keine Tauschwerte mehr herstellen, zu gewährleisten, das der dramatisch angeschwollene Kapitalkörper, dieses Monster an toter Arbeit, das sonst sich, und uns alle mit, an seiner eigenen Schwerkraft erschlägt, noch

überleben kann.

Warum sind wir so zuversichtlich, den Titel dieses Jahrhunderts heute schon proklamieren zu können? Weil der Kanzler Schröder, der Genosse der Bosse, guten Grund zum Panikruf hat, es gäbe „kein Recht auf Faulheit“. Tatsächlich gibt es immer mehr Menschen, die bereit sind, nicht mehr arbeiten zu wollen und die per Beschwörung neu geschaffenen Arbeitsplätze zu den offerierten Bedingungen ablehnen! Und darin müssen wir sie jetzt bestärken, sie sind

die Avantgarde, die die Gesellschaft und ihre Produktionsverhältnisse in die Zukunft transformieren.

Dagegen steht das Programm der Entängstigung durch die Parasiten, durch glückliche Arbeitslose. So wird miese Arbeit nur noch gegen Spitzenlöhne geleistet, die Arbeit wird von der Quälerei befreit, denn immer vertreibt der Stachel des Rechts auf Faulheit, die Angst, ohne Überlebensmittel sitzen zu bleiben.

So wird der gesellschaftliche Kriegszustand erstmals beendet, wenn endlich den Parasiten das bedingungslose Recht auf Faulheit zugestanden wird und sich damit die Gesellschaft zivilisiert.

Es sind drei Argumente, die für das Jahrhundert der Parasiten sprechen:

- a) das moralische Argument
- b) das ökonomische Argument bei entsprechender Interessenlage
- c) das emotionale bzw. emanzipatorische Argument.

### **A) das moralische Argument:**

Das Existenzrecht des Menschen, unabhängig von seinem Beitrag zum gesellschaftlichen Reichtum muß verwirklicht sein. Erst dadurch, daß das auch für die anerkannt wird, die aus welchen Gründen auch immer, nicht dazu beitragen wollen, beginnt Leben lassen ohne vernichtende Hintergedanken. Die Grundlage für moralisches Handeln und zivilisierten Umgang wird erst durch das Recht auf Faulheit eingelöst.

### **B) das ökonomische Argument**

Wenn die Lohn und Gehaltsabhängigen, in marxistischer Terminologie die Arbeiterklasse, feststellen können, daß staatlich geregelt weniger die Arbeitslosigkeit, stattdessen die Arbeit subventioniert wird, dann ist offensichtlich eine Ideologie der Arbeitsverherrlichung am Werke, die heißt: Es wird

ein Teil der erarbeiteten Werte nur dafür verwendet, daß mehr gearbeitet wird.

Dagegen muß die Arbeiterklasse ein Interesse daran haben, durch Verknappung der angebotenen Arbeitskraft am Markt den Preis der Ware Arbeit zu steigern. Deshalb ist das Bündnis mit den Arbeitsunwilligen, ja die Transferleistung an sie, im unmittelbaren ökonomischen Interesse der Arbeiterklasse. Nur so läßt sich der Reallohn steigern und zwar inklusive steigender Sozialabgabenanteile für die arbeitsunwilligen Parasiten.

Dieses ökonomische Argument ist selbstverständlich klassengebunden an die Interessen der Lohn- und Gehaltsabhängigen; Lohn- und Gehaltsabhängige sowohl als Eingestellte als auch Freigestellte.

### **C) das emotionale bzw. emanzipatorische Argument:**

„Wenn wir verdienen wollen, geliebt zu werden, anstatt anzuwidern, wenn wir herbeigesehnt werden wollen, müssen wir auf die Frage der Macht und ihrer Ausübung antworten. Wir müssen eine Ausübung der Macht erfinden, die nicht Angst macht. Das wäre das Neue.“ sagt Michel Foucault 1979.

Ein würdiges Einkommen ohne arbeiten wollen zu müssen, ist die Voraussetzung dafür, Angst existentiell zu überwinden, die Angst, daß man wertlos und dem Verhungern preisgegeben sei, wenn man beim Arbeitsreigen, aus welchen Gründen auch immer, nicht mitmacht.

Damit werden die Grundlagen geschaffen, daß Macht nicht mehr auf Angst und dem Bedienen von Ressentiments beruht, das Strafreime untergeht. Es wird die Bedingung geschaffen, daß eigene Lebensentwürfe und Selbstbestimmung, also Emanzipation, sich verwirklichen kann.

<http://www.futuristen.de>

# ine - Termine - Termine - Termine - Termine - T

## **Vorsicht Faulenzer! Sozialstaat am Ende?**

Politisches Seminar - öffentliche  
Diskussionsveranstaltung von Studierenden  
und Dr. Roland Roth, FH Magdeburg  
Dienstag, 3.7., 20.00 Uhr  
im Blaue Welt Archiv, Thiemstraße 13

## **Neoliberale Restrukturierung des städtischen Raumes**

Globalisierung, Sicherheitswahn und  
Kontrollgesellschaft  
Vortrag und Diskussion mit Jürgen  
Mümken, Kassel  
mit freundlicher Unterstützung durch den  
Bildungsverein Elbe-Saale (bes)  
Freitag, 6.7., 19.00 Uhr  
im Blaue Welt Archiv, Thiemstraße 13

## **Straßenfest in der Thiemstraße**

Bands, Büchertisch, Bier...  
Hof des Wohnprojekthauses in der  
Thiemstraße 13  
Sonnabend, 7.7., 18.00 Uhr

## **Erich-Mühsam-Fest**

Lesungen, Konzerte, Kleinkunst  
Samstag, 7.7., ab 21.30Uhr, Fort  
Hahneberg, Heerstraße, Berlin-Spandau  
Infos: 030/44038530 oder [http://home.t-online.de/home/hause\\_brada/](http://home.t-online.de/home/hause_brada/)

## **think queer! Queer-Café**

A. & Jaguar (Film)  
Montag, 9.7., 18.30 Uhr im Thiembuktu

## **10. AntiCastorKoo-Treffen**

Montag, 9.7., 19.00Uhr im BUND-Seminar-  
raum

## **Weltweiter Aktionstag gegen Exxon Mobil (Esso)**

Dieser Konzern trägt eine wesentliche  
Mitschuld an den Sabotagen der USA an

einer wirksamen Klimaschutzvereinbarung.  
Mittwoch, 11.7.

## **Im Westen alles nach Plan**

Armut in Deutschland - Doku  
Dienstag, 10.7., 20.00Uhr  
im Blaue Welt Archiv, Thiemstraße 13

## **Castor-Vorbereitungstreffen**

Freitag, 13.7., 18.00Uhr im Thiembuktu

## **poliMix - das linke cafe**

Boys don't cry (Film)  
Montag, 16.7., 18.30 Uhr im Thiembuktu

## **Die Utopie leben**

Dokumentation (Spanien 1997) über die  
spanische Revolution von 1936/37  
Freitag, 20.7., 19.00 Uhr  
im Blaue Welt Archiv, Thiemstraße 13

## **Anarchistisches Sommercamp 2001**

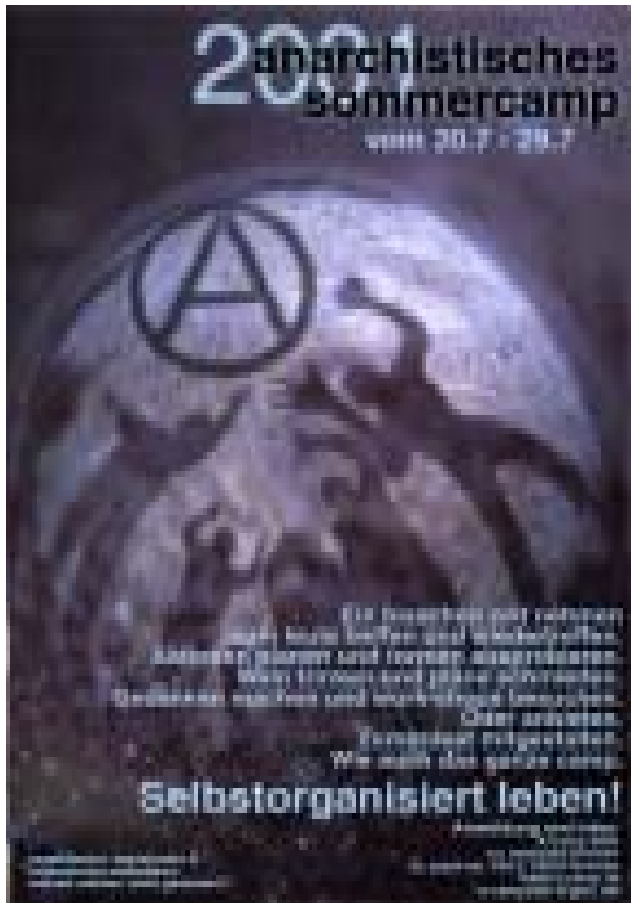
Die „anarchistische Oase“ - diesmal auf der  
Kommune Lutter im Harz.  
Gemeinsam Herrschaftsfreiheit ausprobie-  
ren, Workshops zu anarchistischer Theorie  
und Praxis, Kultur  
Unkostenbeitrag für Unterkunft & Verpfle-  
gung 10...20,- / Tag, Anmeldung über  
Infoladen Bremen, St.-Pauli-Str. 10-12,  
28203 Bremen oder [a-camp2001@gmx.net](mailto:a-camp2001@gmx.net)  
Infos: <http://www.a-camp.de>  
20.7.-29.7. in Lutter am Barenberge

## **Anti-Castor-Lunch**

Sonntag, 26.7., in der Fußgängerzone in  
Magdeburg

## **4. Antirassistisches Grenzcamp**

Rhein-Main-Region und Flughafen  
Frankfurt – Die inneren Grenzen im Visier.  
Kontakt: Camp, c/o Dritte Welt Haus,  
Falkstraße 74, 60487 Frankfurt/Main



Tel.: 069-79 20 17 72, (Mi 18 - 22 Uhr) Fax:  
069- 78 96 03 99  
Email: dwhffm@t-online.de  
27. Juli bis zum 5. August 2001 bei  
Frankfurt/Main

### **Radikaldemokratische Sommerferien gegen den neoliberalen Alltag!**

Sommercamp der JungdemokratInnen/  
Junge Linke  
Zeltplatz & Vollverpflegung, Reader &  
Songbook, Diskussionsrunden & Kulturpro-  
gramm für 20,00 DM pro Tag  
Kontakt: sommercamp@jdjl.org bzw. [http://  
www.linkessommercamp.de/](http://www.linkessommercamp.de/)  
27. Juli bis 5. August auf dem Zeltplatz  
Gager, Insel Rügen

### **Black Metal & Nazi-Szene**

Vortrag mit einem Referenten aus Köln vom  
Antifa-Infoblatt  
Sonnabend, 4.8., 18.00Uhr  
im Blaue Welt Archiv, Thiemstraße 13

### **Anarcho-Syndikalismus in der Ukraine**

Vortragsveranstaltungen mit zwei  
GenossInnen der RKAS aus Donezk  
(Ukraine)  
Freitag, 10.8., 19.00 Uhr  
im Blaue Welt Archiv, Thiemstraße 13  
Gemeinsame Veranstaltung von Blaue Welt  
Archiv und FAU

### **think queer! Queer-Café**

Ökofaschismus - Themenabend  
Montag, 13.8., 18.30 Uhr im Thiembuktu

### **Europa rechtsaußen**

Doku über rechtsradikale Zusammenhänge  
in Europa  
Dienstag, 14.8., 20.00Uhr  
im Blaue Welt Archiv, Thiemstraße 13

### **10. AntiCastorKoo-Treffen**

Freitag, 17.8., 19.00Uhr  
im Thiembuktu (Thiemstr. 14)

### **Der Affentöter**

Buchlesung (poliMix)  
Montag, 20.8., 18.30 Uhr im Thiembuktu

### **The Black Panther Party**

Kampf gegen Unterdrückung und Rassis-  
mus der Schwarzen in den USA (Spielfilm)  
Freitag, 24.8., 20.00Uhr  
im Blaue Welt Archiv, Thiemstraße 13

### **Radikaldemokratischer Frauenabend**

Montag, 27.8., 18.30 Uhr im Thiembuktu

### **Antikriegstag**

Gemeinsame Veranstaltung von bes und  
DGB Kreis- Magdeburg und der Bildungs-  
vereinigung Arbeit & Leben Sachsen-  
Anhalt e.V. Gespräch mit Gerhard Zwerenz,  
Publizist, Schmitten/Taunus über die  
neuen Herausforderungen der Friedensbe-  
wegung.  
Donnerstag, 30.8.  
Nähere Infos: [http://www.bildungsverein-  
elbe-saale.de](http://www.bildungsverein-<br/>elbe-saale.de)

### **Lebewohl Leben, Lebewohl Liebe...**

Die Meuterei französischer Soldaten von 1917 (Doku)

Freitag, 31.8., 20.00Uhr

im Blaue Welt Archiv, Thiemstraße 13

### **Antifa-Stadtrundgang in Magdeburg**

Sonnabend, 1.9., 14.00Uhr

Treffpunkt: Leiterstraße

### **Der unbequeme Weg**

Geschichten totaler Kriegsdienstverweigerer in Deutschland (Film-Doku)

Dienstag, 4.9., 20.00Uhr

im Blaue Welt Archiv, Thiemstraße 13

### **Die Szene im Visier**

Strategie und Methoden des Verfassungsschutzes

Vortragsveranstaltung der Roten Hilfe MD

Montag, 10.9., 19.00 Uhr

im Cafe Thiembuktu, Thiemstraße 13

### **Rechtsextreme Kulturstrategien**

Vortrag & Diskussion

Freitag, 14.9., 20.00Uhr

im Blaue Welt Archiv, Thiemstraße 13

### **Jahreshauptversammlung der Roten Hilfe**

Montag, 24.9., 19.00 Uhr

im Cafe Thiembuktu, Thiemstraße 13

## **2. Anarchistische Wochen Hannover**

Diskussion, Vorträge, Plakatausstellung,

Performance, Lesungen

Gemeinsame Veranstaltung von FAU und Graswurzelgruppe Hannover

Aktuelle Infos unter: <http://www.fau.org/og/Hannover/Hannover.html>

Kontakt: [anarchistische\\_wochen@gmx.de](mailto:anarchistische_wochen@gmx.de) oder 0174/616 38 82

22.09.-7.10. in Hannover (UJZ Kornstr., Pavillon am Raschplatz, Kino im Sprengel und Sturmglöcke)

*Aktuelle Termine, Änderungen etc. findet ihr auf unserer Homepage im Internet.*

## **Der Störenfried im Abo**

Wer in Zukunft immer aktuell informiert sein will, der kann unsere Kollektion journalistischer Laienkunst auch im Abo beziehen. Dafür braucht ihr euch nun maximal noch bis zum Briefkasten schleppen - und seid trotzdem über den Stand der Vorbereitungen zur Weltrevolution informiert. Allerdings hat das auch seinen Preis: zusätzlich zu den Kopierkosten von 1,50 kommen noch die für die deutsche Pest in Höhe von 1,10 Deemurks. Macht nach Adam Ries und beide Augen zuge-drückt 'nen Zehner für's Jahresabo.

Ist Euch zu wenig? Dann könnt ihr natürlich auch nach Gutdünken mehr Kohle überwachsen lassen und damit - ohne weitere eigene Anstrengungen - das Erstarren der revolutionären Klasse in Magdeburg beschleunigen.

Das Geld dann einfach als Schein(e) - notfalls auch Briefmarken - an die Adresse auf der letzten Umschlagseite schicken und schon kommt das Magdeburger Zentralorgan für Agitprop bequem ins Haus.

## **Anmerkung**

Wir möchten Euch an dieser Stelle wieder aufrufen, uns rechtzeitig Eure Termine zukommen zu lassen - Kontaktadressen findet Ihr auf der letzten Umschlagseite. Am günstigsten für uns ist natürlich eine Zusendung per Mail, damit sparen wir uns das mühselige Abtippen.

Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 15. September 2001.

# Kontaktadressen:

## AG Junge GenossInnen

Gerhart-Hauptmann-Str. 18  
39108 Magdeburg  
Tel.: 0391/7333251 oder 0391/7317056  
Fax: 0391/7346152  
Email: djannack@crosswinds.net

## Arbeitskreis Antifaschismus MD (AKA)

<http://www.crosswinds.net/~akamagdeburg>  
bzw. [www.antifa-md.de.vu](http://www.antifa-md.de.vu)  
Email: akamagdeburg@crosswinds.net  
Postfach 0834, 39104 Magdeburg

## Autonomer Zusammenschluß MD

MAGMA, PF1751, 39007 MD  
Email: azmagdeburg@hotmail.com

Thiemstrasse 13 - 39104 Magdeburg - [blaue-welt-archiv@web.de](mailto:blaue-welt-archiv@web.de)

**blaue welt archiv** 

Thiemstraße 13, 39104 MD (Buckau)  
Email: [Blaue-Welt-Archiv@web.de](mailto:Blaue-Welt-Archiv@web.de)  
Web: [blaue-welt-archiv.exit.de](http://blaue-welt-archiv.exit.de)  
Öffnungszeiten: mittwochs von 17-19.30 Uhr.

## Die Gruppe MD

Informationspool im Web.  
Postfach 1943  
39009 Magdeburg  
Email:  
[die\\_gruppe\\_md@gmx.de](mailto:die_gruppe_md@gmx.de)  
<http://www.die-gruppe-md.de>



## bes (Bildungsverein Elbe-Saale)

Landesgeschäftsstelle  
Ebendorfer Straße 3  
Telefon und Fax: 0391/7324980  
39108 Magdeburg  
<http://www.bildungsverein-elbe-saale.de>  
Email: [bildungverein.elbe-saale@t-online.de](mailto:bildungsverein.elbe-saale@t-online.de)

## Kneipe in der „Ulrike“

dienstags Videoabend, donnerstags Kneipen-  
abend jeweils ab 17:30 Uhr,  
Diesdorfer Str. 15 (Hinterhaus)

## Freie ArbeiterInnen Union MD

(Anarchistische  
Gewerkschafts-  
initiative)  
c/o MAGMA, Postfach 1751, 39007 MD  
Email: [faumd@fau.org](mailto:faumd@fau.org)



## Harte Zeiten

Offene Jugendzeitung  
für Sachsen-Anhalt  
Postfach 1106  
39328 Hermsdorf  
Tel.: 0177 / 2434264  
Fax: 039206 / 51004  
Email: [HarteZeiten@gmx.de](mailto:HarteZeiten@gmx.de)  
<http://www.atglobal.net/hartezeiten/>



## jungdemokratInnen - junge linke Sachsen-Anhalt

<http://www.jungdemokratinnen.de/lisa>  
c/o IVVdN, Ebendorfer Str. 3, 39108 MD  
0177/6378066 (Stefan)  
Email: [lisa@jungdemokratinnen.de](mailto:lisa@jungdemokratinnen.de)  
Büroöffnungszeit jeden Dienstag ab 17.00 Uhr  
in der Ebendorfer Str.3  
Der Rundbrief "Verhältnisse" kann über o.g.  
Adresse kostenlos bezogen werden.

## Rechtsausschuß Magdeburg

Email: [RechtsausschussMD@gmx.net](mailto:RechtsausschussMD@gmx.net)  
<http://www.rechtsausschuss-md.2xs.net/>

## Rote Hilfe MD

Email: [magdeburg@rote-hilfe.de](mailto:magdeburg@rote-hilfe.de)  
[http://www.nadir.org/nadir/  
initiativ/rote-hilfe/magdeburg/](http://www.nadir.org/nadir/initiativ/rote-hilfe/magdeburg/)



## Wabe e.V. (Wohnprojekt haus)

Thiemstraße 13, 39104 Magdeburg  
Wabe e.V. hat auch ein eigenes Café mit dem  
schönen Namen „ThiemBuktu“  
Öffnungszeiten:  
Mittwoch und Sonntag ab 18.00 Uhr sowie  
Montage-Cafe (siehe Terminkalender)

---

Kontakt:

***Der Störenfried***

c/o Blaue Welt Archiv  
Thiemstraße 13  
39104 Magdeburg

eMail: [blaue-welt-archiv@web.de](mailto:blaue-welt-archiv@web.de)  
Web: <http://www.bwa.black-red.de>  
ViSdP: W. Wunderer

---